

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Sozial und Zeit“ und „Kinderfreund“, Fern-Unterhaltung und „Wissen“, „Frauenstimme“, „Lächeln“, Bild in die „Küchenwelt“ und „Jugend-Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Konzentration des Reichstags, die am 26. Februar 1928 stattfand, ist ein Beweis für die Unfähigkeit der Regierung, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Wirtschaft zu beleben. Die Regierung hat sich nicht um die Bedürfnisse der Arbeiter und der kleinen Leute gekümmert. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert die Regierung auf, ihre Politik zu ändern und die Interessen der Arbeiter und der kleinen Leute zu berücksichtigen.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Föhn 252-257 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37586 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Währ. 65 Postkontokorrent-Gesellschaft, Depositarkasse Lindenstr. 3

Es bleibt bei Maiwahlen!

Erklärung Hergts zum Notprogramm. — Sozialdemokratie in Kampfstellung.

Erster Tag der Bürgerblockarbeit am Notprogramm im Reichstag. Die Sprecher der weitaus Bürgerblockparteien standen auf, einer nach dem andern. Einer nach dem andern sprach vom Entschluß, aus vaterländischen Erwägungen das Notprogramm zu verabschieden, einer nach dem andern pries das Verantwortungsbewußtsein des Reichstags, will sagen der eigenen Partei, das durch die Stimme Hindenburgs wieder zum Leben erweckt worden ist. Wenn Deklamationen schon Taten wären, dann wäre das Notprogramm schon unter Dach und Fach.

Aber die Risse im Notblock sind schon am ersten Tage sichtbar geworden. Es handelt sich dabei nicht um Streit über ein agitatorisches Mehr oder Weniger an dieser oder jener Stelle des Notprogramms, sondern um politische Fragen von tieferer Bedeutung.

Graf Westarp forderte, daß die sterbende Regierung keine handelspolitischen Bindungen mehr zu Ungunsten der Landwirtschaft eingehe, vor allem nicht mit Polen.

Der Demokrat Dietrich stellte fest, daß die Mehreinnahme aus Zöllen von 150 Millionen Mark bereits gebunden war: sie sollte zur versprochenen Senkung der Industriezölle bei Handelsvertragsverhandlungen verwendet werden.

Herr Scholz, der Volksparteier, wälzte die volle Verantwortung für die finanzielle Auswirkung des Notprogramms ausschließlich auf den Reichsfinanzminister.

Man fühlt grundlegende Differenzen über die Orientierung der deutschen Handelspolitik. Die sterbende Regierung wird unversehens mit ihrem Notprogramm die deutsche Handelspolitik in deutsch-national-agrarische Fahrwasser leiten und Hemmungen und Festlegungen schaffen, die in der Zukunft erst mühsam beiseite geräumt werden müssen.

Herr von Guérard protestierte namens des Zentrums entschieden gegen einen neuen Personaletat, gegen Neueinstellung und Aufbesserung von Beamten. Man fühlt einen Widerstand gegen deutsch-nationale Bestrebungen, noch in der Agonie des Bürgerblocks deutsch-nationale Nachpostitionen in der Verwaltung zu schaffen.

Die Einigkeit über das Programm des „Verantwortungsbewußtseins“ wird von allen Seiten beteuert. Hinter diesem Programm aber steht das Streben der Deutsch-nationalen, politische Kursbestimmungen und Festlegungen durchzusetzen, steht der Protest ihrer Partner gegen deutsch-nationales Nachstreben.

Die letzten Arbeiten des sterbenden Bürgerblocks werden sichtbar. Sie aufzudecken, ist die Aufgabe der Opposition. Wenn die Blockparteien geglaubt haben sollten, daß die Sozialdemokratie im Notprogramm nur eine geschäftsmäßige Abwicklung von Restvorlagen sehen werde, so wird sie die Rede des Genossen Stämpfer eines Besseren belehrt haben. Scharf kündigte er sozialdemokratischen Widerstand gegen alle Absichten an, die Zukunft der deutschen Außen- und Innenpolitik mit deutsch-nationalen Hypothesen zu überlasten. Mit allem Nachdruck lehnte er jede Bindung der Sozialdemokratie in das Notprogramm ab. Es gibt zwar bisherige Regierungsparteien — aber keine nur „bisherige“ Opposition. Die Verantwortung ruht auf den Blockparteien, die Opposition hat kein Teil daran.

Kampf gegen die Regierung des Bürgerblocks, solange sie noch existiert, Kampf, daß sie nicht wiederkehre, wenn ihre Zeit um ist — das ist die Richtlinie der Sozialdemokratie.

Herr von Guérard zog aus der Rede des Genossen Stämpfer den Schluß, daß die Hoffnungen auf Erledigung des Notprogramms gesunken seien. Hatte seine Partei wirklich geglaubt, daß die Sozialdemokratie sich auch nur mit einem Schein von Verantwortung für dies Notprogramm aus Wahlangst und Wahldemagogie geboren belasten würde? Ob es zum Ende kommt — das ist die Sache des Bürgerblocks, der selbst dazu tun muß, seinen Schutz aufzuräumen.

Es wird auch so noch ein Riesenmaß von Aufräumungsarbeit bleiben! Die wahre Aufräumung beginnt mit der Wahl. Herr Hergt, der das schon bekannte Notprogramm schlecht und recht vortrug, erklärte: Wahlen spätestens in der zweiten Hälfte vom Mai. Herr von Guérard resignierte: Verhandlungen über Ostern hinaus ausgeschlossen. Dann — kommt die Abrechnung.

Am Schluß der Sitzung wurde ein kommunistisches Mißtrauensvotum gegen die Stimmen von Sozialdemokraten und Kommunisten und einigen Demokraten abgelehnt. Die Kommunisten hatten es nicht über sich vermocht, von ihrer dilettantischen Taktik abzugehen. Sie mußten Herrn Hergt, der die sterbende Regierung als „ordnungsmäßige parlamentarische Regierung“ deklarierete, so etwas wie eine Begründung dafür liefern.

Die Notprogramm-Debatte.

Auf der Tagesordnung des Reichstags steht als einziger Punkt: „Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung“ in Verbindung mit dem Haushalt des Reichsministeriums, des Reichsfinanziers und der Reichsanleihe.

Als Präsident Löbe die Sitzung eröffnet, ruft von der Podiumstribüne ein jüngerer Mann: „Volkstribüne, tut eure Pflicht, das deutsche Volk hat ein Recht darauf!“ — Der Ruf wird von der Tribüne entfernt.

Der Präsident widmet einen von den Abgeordneten stehend angehörten Nachruf dem sozialdemokratischen Abg. Stolberg, der gestorben ist, noch ehe er praktisch die Vertretung des verstorbenen Abg. Silberstein ausüben konnte.

Zur Abgabe der Regierungserklärung nimmt das Wort

Vizekanzler Dr. Hergt.

Er teilt zunächst mit, daß die Genesung des Reichsfinanziers Dr. Marx erfreulich fortschreite. (Rufe bei den Kommunisten: „Die politische Genesung nicht!“) Dr. Marx habe erklärt, daß er mit dem Notprogramm der Regierung in allen Punkten einverstanden sei.

Durch die mit dem Scheitern des Schulgesetzes verbundenen Vorgänge, ist die verfassungsmäßige Stellung der Reichsregierung in keiner Weise beeinträchtigt. Es ist kein geschäftsführendes Kabinett,

sondern bildet nach wie vor die ordnungsmäßige Regierung, die der Verfassung entspricht.

(Gelächter links.) Mit dieser Auffassung befreit sich die Reichsregierung in voller Übereinstimmung mit dem Reichspräsidenten. Die Regierung hält es für notwendig, daß vor dem Auseinandergehen des Reichstags die dringendsten geschäftlichen Aufgaben erledigt werden müssen. Sie betrachtet das zu diesem Zweck aufgestellte Arbeitsprogramm als ein einheitliches Ganzes, das in einem Zug verwirklicht werden muß. Darum enthält das Programm

eine einheitliche Schlußklausel, wonach durch ein besonderes Gesetz der Zeitpunkt des Inkrafttretens aller im Programm enthaltenen geschäftlichen Maßnahmen auf den 1. April 1928 festgelegt werden soll.

Dem Wunsch, das Kriegsschadensschuldenrecht nur als eine Zwischenlösung gelten zu lassen, hat die Regierung nicht entsprechen können. Sie hat sich aber die Vorschläge des Reichswirtschaftsrats zu eigen gemacht und erhöht zugunsten der Geschädigten die Entschädigungssumme um 300 Millionen. Die Regierung hofft,

Müdigkeit in Genf.

Unden tritt der deutschen These bei.

Genf, 27. Februar. (Eigenbericht.)

Das Sicherheitskomitee überwiegt am Montag die Richtlinien des Gutachtens von Politis dem Redaktionskomitee. Damit ist nichts entschieden, sondern nur der Kampfplatz verlegt.

In der Sitzung selbst mühte Deutschland wieder seine Ablehnung der militärischen Regionalverträge als einzigen Weg zur Sicherheit gegen Rumänien zu verteidigen. Unden-Schweden nahm ebenfalls Gelegenheit, die Gefährlichkeit des Regionalvertragsystems aufzuzeigen. Er betonte, daß besondere Sicherheitsverträge, die militärische Unterstützung gegen einen dritten außerhalb des Vertrages stehenden Angreifer vorsehen, sich

in nichts von den alten bekannten Allianzen unterscheiden

und der Völkerbund diese Art Verträge auf keinen Fall empfehlen dürfe. Finnland trat für die Schaffung der militärisierten Zone ein, lehnte aber eine ständige militärische Kontrolle für solche Zonen ab. Die Erhaltung der Zonen müsse vom gegenseitigen Vertrauen der Völker überwacht werden. England betonte nochmals seinen Standpunkt, daß eine Revision des Völkerbundespaktes für vorläufig nicht in Frage komme. Bemerkenswert war noch der Widerspruch des jugoslawischen Delegierten gegen die Zulassung von Sicherheitsverträgen, die die Frage von Grenzänderungen offen lassen. Seine

Auffassung, daß solche Verträge kein Vertrauen, sondern Mißtrauen schaffen und zu Gebietsverletzungen führen könnten, entkräftete Politis mit einem Hinweis auf den § 10 des Völkerbundespaktes, der jede Gebietsverletzung verbietet.

Im übrigen herrschte eine gewisse Müdigkeit. Eine ganze Reihe nebensächlicher Punkte wurde ohne Diskussion dem Redaktionskomitee überwiesen. Am Dienstag nachmittag soll das letzte Gutachten, das über die §§ 10, 11 und 16 des Völkerbundespaktes, in Verbindung mit den drei deutschen Vorschlägen in einer Vollsitzung behandelt werden.

Günstige Wahlausichten in Frankreich.

500 sozialistische Kandidaturen.

Paris, 27. Februar. (Eigenbericht.)

Der Vorstand der Sozialistischen Partei Frankreichs trat gestern zu einer Sitzung zusammen, die größtenteils der Wahlvorbereitung gewidmet war. Der Generalsekretär Paul Faure teilte mit, daß entsprechend dem Parteibeschluß in allen Wahlkreisen schon jetzt die sozialistischen Kandidaten bestimmt sind. Ueber 500 Namen seien dem Vorstand offiziell gemeldet worden. Nur sehr wenige Lokalverbände hätten um Befreiung von der Kandidatenaufstellung gebeten mit der Begründung, daß sie bei vollkommener Ausichtslosigkeit der Wahl eines Sozialisten nicht unnütz den Wahlfonds verschleudern möchten. Im allgemeinen tämten die Wahlausichten der Sozialistischen Partei als sehr günstig bezeichnet werden.

Der Vorstand beschloß dann, in der Zeit vom 27. bis 31. Mai einen nationalen Kongress abzuhalten, der angesichts des Wahlausfalles über die politische und taktische Haltung der Partei in der neuen Kammer beschließen soll. Der Ort für diesen Kongress soll durch Urabstimmung in den Lokalverbänden festgestellt werden. Es kommen dafür in Frage: Bordeaux, Toulouse, Nancy, Mülhausen im Elsaß oder Bastia (Korsika). Der nationale Kongress soll sich gleichzeitig mit der Vorbereitung des großen Kongresses der Sozialistischen Internationale befassen, der im August in Brüssel stattfindet.

Die Unternehmer beraten.

Der VDMZ. zum Werkzeugmacherstreik.

Wie wir erfahren, hat der Verband Berliner Metallindustrieller für heute seinen engeren Ausschuss zu einer Sitzung einberufen, um Stellung zu nehmen zur neuen Sachlage, die durch den Streik der Werkzeugmacher geschaffen ist. In Unternehmerkreisen wird die Sachlage sehr ernst eingeschätzt.

Beschlüsse der Internationale.

Die Tagesordnung des Brüsseler Kongresses.

Zürich, 27. Februar. (Eigener Bericht.)

Am Sonnabend und Sonntag tagte in Zürich das Exekutivkomitee der Sozialistischen Arbeiterinternationale. Arthur Henderson-England führte den Vorsitz. Als Vertreter der deutschen Sozialdemokratie waren die drei Parteivorsitzenden, Gen. Hermann Müller, Bels und Crispian, anwesend. Man beschloß zunächst für den am 5. August in Brüssel beginnenden Internationalen Kongress folgende Tagesordnung:

1. Der Militarismus und die Abrüstung.
2. Das Kolonialproblem.
3. Die wirtschaftliche Situation der Nachkriegszeit und die ökonomische Politik der Arbeiterklasse.
4. Bericht und Antrag der Internationalen Frauenkonferenz.
5. Organisation der S.A.I.

Anlässlich des 1. Mai wird eine Rattentoti-Karte zur Stärkung des Rattentoti-Fonds herausgegeben werden. Dem internationalen Kongress in Brüssel soll ein Antrag für die Abschaffung der Todesstrafe unterbreitet werden. Außerdem wurde eine Entschließung für die Befreiung des rumänischen Sozialistenvertreter Bujor angenommen. Der von der Abrüstungskommission der Arbeiterinternationale und für den Brüsseler Kongress bestimmte Bericht über die Abrüstung wurde ebenfalls einstimmig gebilligt. (Wir werden dieses ausführliche Dokument in einer späteren Ausgabe der öffentlichen Red. d. S.) Ferner nahm die Exekutive zu der

Sabotage der Washingtoner Konvention

durch die englische Regierung folgende Entschließung an:

Die Exekutive der S.A.I. lenkt die Aufmerksamkeit der Parteien auf die ernste Bedeutung des Beschlusses der englischen Regierung, das Achtstundentagsabkommen von Washington nicht zu ratifizieren und durch die Förderung noch einer Revision seine Existenz selbst in Frage zu stellen. Sie begrüßte die Arbeitendelegierten des Internationalen Arbeitsamts, die sich in energischer Weise gegen den Beschluss der englischen Regierung wandten. In Übereinstimmung mit dem I.A.A. fordert sie die Parteien aller Länder, die das Abkommen noch nicht ratifiziert haben, auf, unverzüglich die nötigen Schritte zu unternehmen, damit diese Frage ihren Parlamenten vorgelegt werde. Die Parteien der Länder, in denen das Abkommen ratifiziert wurde, fordert sie auf, einen Druck auf ihre Regierungen auszuüben, damit diese sich jeder Aenderung

widersehen. Sie gibt weiterhin ihrer Zustimmung zu dem Vorschlag des I.A.A. Ausdruck, den Achtstundentag und die Forderung nach der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens in den Mittelpunkt der Maidemonstration dieses Jahres zu stellen.

Die S.A.I. spricht die Hoffnung aus, daß die Arbeiter aller Länder ihren wirtschaftlichen und politischen Einfluß gebrauchen werden, um jede Verlängerung des Arbeitstages oder der Achtundvierzigstundenswoche zu verhindern.

Die Auffassung des Exekutivkomitees zu dem

Zwischenfall von St. Gotthard

kommt in folgender Entschließung zum Ausdruck:

Die Exekutive der S.A.I. lenkt die Aufmerksamkeit der angeschlossenen Parteien auf die ernste Bedeutung des Zwischenfalls von St. Gotthard mit den ungarischen Maschinenwehren, der eine bestorganisierte Verbindung zwischen den Regierungen der schifflichen Reaktion aufweist, die aus innen- oder außenpolitischen Rücksichten geheime Rüstung unterstützen. Die Exekutive stellt mit Bedauern fest, daß die Aktion des Bitterbunds nur sehr langsam voranschreitet und daß dadurch gehemmt wird, daß gewisse Mächte sich für die Verhinderung oder Unterdrückung einer solchen Aktion einsetzen. Sie erklärt, daß es notwendig ist, unverzüglich eine scharfe Kontrolle zur Verhinderung des geheimen Waffenhandels zu organisieren und vor der Öffentlichkeit die Gefahren aufzuzeigen, die solche Zwischenfälle, wie der von St. Gotthard, für den Frieden bedeuten.

Die Internationale brandmarkt das Vorgehen der Regierungen in den Ländern ohne Demokratie, die bereits durch Tatsachen bewiesen haben, daß sie, jeder inneren Kontrolle ledig, hochschätzigen, jede Politik der Abrüstung und des Friedens zu durchkreuzen.

Der Exekutivkommission sind Beratungen des Bureaus und einzelner Sonderausschüsse für bestimmte Fragen vorausgegangen. So hat Zürich eine sozialistische Woche mit zahlreichen Vorträgen der Exekutivmitglieder aus vielen Ländern.

Kantonvorstandswahl in Bern.

Bern, 27. Februar.

Bei Erziehungswahl in die Exekutivbehörden des Kantons Bern beworben sich die Sozialdemokraten zum ersten Male um die freigewordenen Sitze. Sie unterlagen aber mit zwei Fünftel gegen drei Fünftel der Stimmen.

daß auch die Geschädigten selbst diese Lösung als eine Tat ansehen werden, die im Rahmen des Möglichen ihre Wünsche befriedigt.

Die Rolle der Landwirtschaft macht eine umfassende Hilfsaktion notwendig. Vor allem soll die kurzfristige Verschuldung mit Reichshilfe umgewandelt werden in langfristige niedrig verzinsliche Hypothekendarlehen. Außerdem soll eine bessere Organisation des Abfluges von Vieh und Fleisch geschaffen werden. Dazu werden 20 Millionen zur Verfügung gestellt. Auf diesem Gebiete liegt auch der Plan einer Vereinheitlichung der veterinärpolizeilichen Grenzschutzbestimmungen. Die in der Zeit der Fleischknappheit durchgeführten Fleischexporterleichterungen sollen abgebaut werden. (Hört! hört! links.) Ferner wollen wir die ratenweise Herabsetzung des zollfreien Gefrierfleischkontingents durchsetzen, zunächst auf 50 000 Tonnen. (Lebhaftes Hört! hört! links.)

Die geschwebenden Faktoren und die öffentliche Meinung befehlen sich seit geraumer Zeit mit der Frage, ob und in welchem Umfange eine reichsrechtliche Rentenverfolgung möglich ist. Angesichts der Gesamtlage und der geringen noch zur Verfügung stehenden Zeit ist es ausgeschlossen, diese Fragestellung zu lösen. Die Reichsregierung enthält sich daher einer sachlichen Stellungnahme zu dieser Fragestellung. Die Reichsregierung muß aber feststellen, daß bedauerlicherweise die Fürsorge für die Kleinrentner keineswegs überall so durchgeführt wird, wie es dem Sinn und dem Geist der Reichsgrundzüge über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge entspricht. Sie hält sich daher für verpflichtet, mit Nachdruck darauf hinzuwirken, daß die Kleinrentnerfürsorge entsprechend dieser Reichsgrundzüge durchgeführt wird.

Um den Fürsorgeverbänden die Verbesserung der Fürsorge zu erleichtern und zu ermöglichen, ist im Entwurf des Haushalts 1928 bereits ein Betrag von 25 Millionen Mark vorgesehen. Darüber hinaus aber wird in den Haushaltsentwürfen 1928 ein weiterer Betrag von 25 Millionen Mark einzustellen sein, der zu unmittelbaren Beihilfen an die Kleinrentner verwendet werden soll.

Auch die Verbesserung der Renten aus der Invalidenversicherung ist ein Gebot der Stunde. Im Reichsdurchschnitt beträgt die Invalidenrente jetzt 28 bis 30 M. im Monat; dieser Stand ist infolge der durch die allmählichen Erhöhungen der letzten vier Jahre erreicht worden. Ohne die Inflation wäre die Invalidenrente heute rund 22 M. Aus dem Vergleich geht hervor, daß die neuen Renten die Verteuerung der Lebenshaltung noch nicht ganz berücksichtigen.

Die Erhöhung beträgt 40 Proz. der Steigerungssätze, die jetzt für Beitragszeiten vor der Inflation gewährt werden; dafür sind im Jahre 100 Millionen Mark erforderlich. Aus Rücksicht auf die notwendige Umrechnung der Renten soll die Erhöhung ab 1. Juli d. J. in Kraft treten. Da den Versicherten und den Arbeitgebern zurzeit ein neuer Beitrag nicht zugemutet werden kann, wird der Rechtsbedarf von 100 Millionen Mark durch einen jährlichen mit der Zeit abnehmenden Reichsbeitrag gedeckt werden müssen; für 1928 handelt es sich infolge des Inflationstrens am 1. Juli 1928 um 75 Millionen Mark.

Für die Angestelltenversicherung wird eine entsprechende Maßnahme vorgeschlagen; für die Deckung reichen aber die vorhandenen Versicherungsmittel aus.

Im übrigen werden die Notstandsmaßnahmen auf dem Gebiete der Landwirtschaft und der sozialen Fürsorge nach Ergänzungen in dem Entwurf des Haushaltsplans für 1928 erforderlich machen. Es erscheint möglich, die hierfür notwendigen Beträge auszugleichen einmal durch gewisse Einsparungen bei den Ausgabenposten des bereits vorliegenden Etats und ferner auf der Einnahmeseite durch eine entsprechende Erhöhung des Aufschlages für die Zölle. Nach den jetzt vorliegenden Ergebnissen des bisher abgelaufenen Rechnungsjahres 1927 erscheint es unbedenklich, diesen Anschlag um 150 Millionen zu erhöhen.

Meine Damen und Herren! Nach der mit Zustimmung des Herrn Reichspräsidenten erfolgten Rundgebung der Reichsregierung vom 18. Februar 1928,

soll sich der parlamentarische Erledigung des Arbeitsprogramms die Ausübung des Reichstages anschließen. Die vorbereitende Tätigkeit der Regierung wie die parlamentarische Behandlung der noch zu erledigenden Aufgaben sollen so eingerichtet werden, daß in jedem Falle die Wahlen in der zweiten Hälfte des Monats Mai stattfinden können.

Abg. Stampfer (Soz.)

Ich spreche kein Bedauern über die Erkrankung des Reichskanzlers aus und fährt fort: Ein Wort zu einer Frage, die uns außerhalb der Tagesordnung lebhaft beschäftigt. Sie heißt Südtirol. Mit starker Teilnahme verfolgen wir die Auseinandersetzung, die zwischen der deutschen Nachbarrpublik Österreich und dem schifflichen Italien entstanden ist. Grenzfragen sind häufig Fragen von Krieg und Frieden. Daran wollen wir nicht rühren. Aber über die Grenzen der Staaten hinaus gibt es eine kulturelle und seelische Gemeinschaft. Was einem Teil von ihr angeht, wird, das empfinden wir alle mit. (Lebhaftes Zustimmung.)

Infolge der Erkrankung des Reichskanzlers ist der deutschnationale Vizekanzler

dazu berufen, das Programm der Regierung zu vertreten. Er bekennt zwar nicht — wie er zu unserer Beruhigung erklärt hat — die Rücksichten der Politik, aber immerhin führt er mit ausländischen Politisten wichtige politische Gespräche, die im „Berliner Lokal-Anzeiger“ erscheinen. Danach werden sie amtlich demontiert, und das ist entschieden das Klügste an ihnen. (Heiterkeit.) Die gegenwärtige Regierung, die sich ohne parlamentarische Basis gewissermaßen im Raum freischwebend erhält, bezeichnet sich selbst als eine „ordnungsgemäße Regierung“. Democh möchte ich Sie dringend bitten, an ihr nach Ende zu denken und die Innen- und Außenpolitik nicht mit deutschnationalen Hypothesen zu belasten. Sie wollen jetzt wieder, nach einem wenig schönen Zwischenstück, auf den Boden der parlamentarischen Arbeit zurückkehren. Erst möchte aber die Stimme des Herrn sich vernahmen lassen, um sie an ihre Pflichten zu erinnern.

Der Bürgerblock existiert nur noch als unangenehme Zwangsgemeinschaft. Es gibt auch keine Regierungsparteien mehr, sondern nur noch „bisherige“ Regierungsparteien. Ganz schlaue Leute haben daraus geschlossen, es gebe jetzt auch nur noch eine „bisherige“ Opposition. Ja, das könnte Ihnen so passen. Das wäre die bequemste Methode, eine unangenehme Opposition loszuwerden. (Heiterkeit und Zustimmung links.)

Da sitzt die Bürgerblockregierung mit dem deutschnationalen Vizekanzler! Diese Regierung haben Sie in den Sattel gesetzt, nun lassen Sie gefälligst auf, daß sie Ihnen nicht herunterfällt! Solange diese Regierung besteht, werden wir sie bekämpfen, und wenn sie nicht mehr da ist, werden wir dafür kämpfen, daß sie nie wieder aufersteht. (Lebhaftes Beifall b. d. Soz.)

Sie reden jetzt von einem Verlangen des Parlamentarismus. Nein, nicht der Parlamentarismus hat verjagt, sondern Sie haben verjagt. Nicht der Parlamentarismus, der Bürgerblock ist bankrott. In anderen Ländern geht es mit dem parlamentarischen System doch ganz gut. Sehen Sie nach Preußen! Es geht überall,

wo die notwendigen Fähigkeiten vorhanden sind, und wo man Koalitionen aufbaut auf den ehrlichen Willen zu gemeinsamer Arbeit, nicht aber auf den Willen einander über das Ohr zu hauen. (Sehr gut! links.) Sie (nach rechts) stehen vor Trümmern und fächeln jetzt die Asche, wenigstens den Schutz vor der Haustüre wegzuräumen und die freie Einfahrt zu ermöglichen. Daran wollen wir Sie nicht hindern. Aber wenn sich jetzt alles in enger Zeit drängt und stößt und die geschäftsordnungsmäßigen Schwierigkeiten nicht überwunden werden können, dann tragen Sie die Verantwortung dafür. Sie ganz allein! (Sehr wahr! links.) Sie haben

alles verschleppt und verzögert bis zuletzt!

Der Etat und der Nachtragsetat sind verspätet eingebracht worden. Um die nötige Zeit ist am Reichsschußgesetz revidiert worden — dem trauern wir nicht nach. Lebes des Liquidationsgesetzes haben Sie sich mit der Regierung und untereinander im Ausschuss unter dem Vorsitz eines meiner Freunde wochenlang herumgestritten, was werden soll. — Dann sind Sie auseinandergefahren, und der sozialdemokratische Vorsitzende hat vergeblich versucht, Sie wieder einzuhaken. Er hat an den Reichsfinanzminister einen Brief geschrieben, daß der Ausschuss wieder einberufen werden soll. Der Brief ist bis heute nicht beantwortet. (Hört, hört, links.) Das ist die Art, wie die Dinge von dieser „ordnungsmäßigen Regierung“ behandelt werden. Ueber die Not der Kleinrentner ist seit Jahren gesprochen worden. Erst heute im letzten Augenblick hören wir, daß nach so langen Erwägungen die „ordnungsgemäße Regierung“ noch nicht endgültig dazu Stellung nehmen kann. Was da vorgeschlagen wird, ist durch und durch ungenügend. Wir haben weiter seit Jahr und Tag immer wieder darauf gedrängt, daß der

Not der Sozialrentner

abgeholfen werden müsse. Noch am 17. Februar hat meine Fraktion einen Vorstoß in dieser Frage gemacht, er ist auch in dem Rotprogramm bis zu einem gewissen Grade berücksichtigt worden. Und die Notlage der Landwirtschaft? Kennt die Regierung sie etwa erst seit den letzten Wochen? Wenn sich also jetzt alles zusammenbringt, so tragen Sie die Verantwortung dafür, weil es bei Ihnen an Führung, an Voraussicht, an gutem Willen gefehlt hat. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Mitteilungen des Vizekanzlers waren an manchen Stellen nicht ganz klar. Es scheint die Absicht zu bestehen, gewisse Dinge durch Verordnung zu regeln. Die Regierung möge darin vorsichtig sein! Es wird genau zu untersuchen sein, was durch Verordnung geregelt werden kann. Es ist auch unzulässig, in einem Artikel die verschiedenartigen Dinge zusammenzufassen. Ein Mantelgesetz ist nur zulässig bei solchen Dingen, die innerlich in einem gewissen Zusammenhang miteinander stehen. Will die Regierung wirklich logen: wenn das Rotprogramm nicht noch den Wünschen des Landbundes ausfällt,

dann sollen auch die Sozial- und Kleinrentner nichts erhalten?

Wie wollen Sie eine solche Politik vor dem Volke verantworten? Das können Sie nicht! (Sehr richtig! bei den Soz.) Es hat sich manches geändert, seitdem sich der Bürgerblock in eine Zwangsgemeinschaft umgewandelt hat. Es hat sich sogar ein Wunder zugegetragen: Auf einmal ist wieder Geld da! (Leb. hört, hört! bei den Soz.) Vor einigen Wochen erst haben wir im Haushaltsausschuss beantragt, daß für die Aenderungen fünf Millionen Mark hergegeben werden sollen. Das wurde abgelehnt, weil es mit der Gesamtsituation nicht vereinbar sei. Der Reichsrat hatte vorgeschlagen, die Mittel im Etat zur Bekämpfung des Alkoholismus um lumpige 400 000 Mark für die bessere Versorgung der Erwerbsbeschränkten um eine Million, für kulturelle Fürsorge, zur Hebung der Wirtschaft im besetzten Gebiet um geringe Summen zu erhöhen. Alles das wurde abgelehnt, weil es mit der angespannten Finanzlage nicht vereinbar sei. (Hört, hört! links.) Und jetzt auf einmal sind die Mittel da.

Gestern kein roter Heller da — heute Hunderte von Millionen!

Eine Finanzpolitik, die solche Kunststücke vollbringt, kann eine gewisse Bewunderung erregen, aber alles eher als Vertrauen wecken. Wir sind selbstverständlich damit einverstanden, daß Mittel angewendet werden, wo es die Not erfordert. Wir fordern sie selbst. Aber wir verlangen auch, daß der Haushalt in Ordnung gebracht, und daß die Deckungsfrage aufs sorgfältigste in Erwägung gezogen wird. Die restierenden Beträge aus der Vermögenssteuer müssen heringeholt, die ungeheuren Inflationsgewinne müssen gepfändet werden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wir behalten uns, als Oppositionspartei, vor, das Programm der Regierung in allen seinen Teilen aufs genaueste zu prüfen. Es sind Dinge darin, die für uns ganz untragbar sind, wie die Herabsetzung des zollfreien Gefrierfleischkontingents von 120 000 Tonnen auf ganze 50 000 Tonnen. Ueber unsere Stellung zur Landwirtschaft ein paar allgemeine Bemerkungen: Noch ehe die Regierung ihr Hilfsprogramm für die Landwirtschaft vorbrachte, hat meine Fraktion schon ihre Vorschläge zur Behebung der Notlage der Landwirtschaft eingebracht. Nachdem der Vizekanzler selbst gesagt hat, daß die Vorschläge der Regierung nicht geeignet seien, die Krise zu beheben, empfehle ich dringend eine nachdrückliche Prüfung der sozialdemokratischen Vorschläge. Sie werden nicht perfermen können, daß hier ein ehrlich gewinnlicher Versuch vorliegt.

zwischen Stadt und Land eine Brücke zu schlagen.

Gelingt er, dann ist unendlich viel geschehen, zum Heil von Stadt und Land, von Volk und Staat. Bedenken, die das Land gegen die Stadt hegen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Sie begehen ein Verbrechen am Staat. (Lebhaftes Zustimmung bei den Soz. Zuruf des Abg. Graf Westarp: Und umgekehrt?) Wer hebt gegen das Land? (Graf Westarp: Die ganze Sozialdemokratie. Zurufe bei den Soz.: Nur der Landbund hebt!) Ich will nicht im einzelnen aufzählen, wie die Landbunde in der letzten Zeit sich geäußert hat. Nur das eine: Würden die Kommunisten auch nur ein Zehntel von dem wegen, was wir jetzt aus deutschnationalen-landbündlichen Kreisen her vernehmen, der Staatsgerichtshof würde sofort Nachsichten einlegen. (Zustimmung links.) Ich rufe nicht nach dem Staatsanwalt, ich fordere aber zur Einkehr auf und zu ein wenig mehr Gewissen und Verantwortungsgefühl. Sie reden von Verantwortungsbewußtsein? Wo ist es, wenn ein deutschnationaler Staatspräsident, der rühmlich bekannte Herr Bazille, in einer Bauernversammlung auftritt, in der ein Arbeiter und Bauer und Steuerfrei gegen die Stadt proklamiert wird? Von der Regierung haben wir kein Wort gehört, das zur Befinnung und Einkehr mahnt. Aber mit diesem Widerwillen haben wir den intriganten Versuch verfolgt, die Entzweiung, die sich doch in erster Linie gegen die zuständige Reichsstelle richten müßte, auf den preussischen Landwirtschaftsminister abzuladen. (Hört, hört! links.)

Der Bürgerblock liegt nun im Sterben. Er zerfällt. Was war, was ist noch der Bürgerblock? Die Vereinigung jener Parteien, in denen sich der Einfluß des großen Kapitals, des großen Grundbesitzes, der Trusts, der riesigen Kapitalorganisationen konzentriert. Darum, weil er nicht scheitern darf, was er ist, war er genötigt, so mancherlei Rasteraden vorzunehmen. Revanchepolitiker mußten als Locarnisten die Friedensstöße blasen. Monarchisten schützten die Republik und verbieten dem Kaiser, dem sie zum Geburtstag gratulieren, wieder nach Deutschland zurückzukehren. (Heiterkeit links.) Die Rasterade ist nun zu Ende. Nächster Mittwoch ist da. Der Tag des Gerichts steht bevor.

Wir stellen dem Bürgerblock den Block der Arbeit entgegen.

Ich verwahre mich gegen die Unterstellung, als ob wir unter Arbeit nur das Werk der schwierigen Kräfte verstehen. Was wir erstreben, ist eine innigere und fruchtbarere Verbindung zwischen der Arbeit des Geistes und der der Hände. Das ist ja das Wesen des Sozialismus, daß er das Materielle der Wirtschaft unter die Herrschaft geistiger und sittlicher Kräfte stellen will. Der Block der Arbeit wächst, bemußt und unbemußt streben ihm neue Kräfte zu.

Trotz nicht der Schritt der Arbeiterbataillone auch schon bis hinein in Ihre (nach rechts) Organisationen? Da kommen Sie, rechten Warningschreie auf und sagen: „Die Sozialisten sind Feinde der Religion!“ Aber was kann es etwas Christlicheres geben, als in diese doch nicht allzu christliche Welt mehr soziale Gerechtigkeit und mehr praktisches Christentum hineinzubringen? (Sehr wahr! links.) Sie nennen uns antinational. Aber ist die Hebung der Volksgesundheit, der Volkskraft, der Lebensfreude und des Selbstbewusstseins im arbeitenden Volk nicht das nationalste Programm, das es überhaupt geben kann? (Sehr wahr! links.)

Dem kümmerlichen Notprogramm des Bürgerblods setzen wir das Programm der schaffenden Arbeit entgegen, das Programm des Sozialismus und der Demokratie. So treten wir an zum parlamentarischen Endkampf und zu den Kämpfen, die ihm folgen werden: unerschütterlich im Glauben an die Zukunft und an unser Volk! (Lebhafter Beifall b. d. Saal.)

Abg. Graf Westarp (Dnat.) bedauert das Scheitern des Schulgesetzes, an dessen Zielen die Partei für die Zukunft unbedingt festhalte. Seine Fraktion sei bereit, die rasche und erspöndliche Durchführung des Notprogramms mit allen Kräften zu fördern. Die Erledigung sei durchaus möglich, wenn die bisherigen Regierungsparteien über alle parteipolitischen und wahlpolitischen Rücksichten hinweg an ihrem Entschlusse festhalten. Der Redner stimmt der Aufassung zu, daß das Programm

ein unteilbares Ganzes ist, aus dem kein Stein herausgenommen werden kann, ohne es zum Einsturz zu bringen.

Er wendet sich dann den Einzelheiten des Programms zu. Entscheidenden Wert lege die Fraktion den agrarpolitischen Vorschlägen des Arbeitsprogramms bei.

Notwendig sei vor allem die Abstellung der Mißstände, die sich auf dem Lande aus der Arbeitslosenversicherung ergeben haben.

Eine durchgreifende Reform des Steuerwesens sei unerlässlich. Der Schutz der Landwirtschaft vor vernichtender Konkurrenz des Auslandes müsse nach wie vor im Vordergrund aller Maßnahmen stehen. Der letzte Reichstag und die letzte Regierung dürften auf handelspolitischem Gebiete neue Bindungen mit neuen Opfern der Landwirtschaft nicht eingehen. Das gelte besonders wegen der Verhandlungen mit Polen.

Abg. v. Guérard (S.): Der Vizekanzler hat in seiner Erklärung betont, die Regierung betrachte sich als eine ordnungsgemäße und nicht als ein geschäftsführendes Kabinett. Demgegenüber muß ich nach den letzten Vorgängen doch eines feststellen. Dadurch, daß eine der früheren Regierungsparteien die Koalition gelöst hat, diese Koalition, die die Regierung gestützt hat und auf die die Regierung sich stützte, dadurch ist auch die Stellung dieser Reichsregierung parlamentarisch und politisch eine andere geworden. Es ist richtig, daß die Reichsregierung dem Wortlaut nach keine geschäftsführende ist, wohl aber der Sache nach, soweit als sieben Parteien sich dahin geeinigt haben, daß nur nach einer Reihe begrenzter Geschäfte zu erledigen ist. Nach den beiden Reden, die mir jetzt gehört haben, ist bei meinen Freunden

die Hoffnung auf Erledigung des Arbeitsprogramms und des Etats nicht gerade gemessen.

(Hört, hört!) Es ist eigenartig, daß ein Kabinett, das eigentlich gar keine Daseinsberechtigung mehr hat, mit Zustimmung von sieben Parteien des Reichstags Aufgaben von solcher Tragweite noch lösen soll.

Die Reichsregierung will nach einem Personaletat als Ergänzungsanlage einbringen. Ich kenne den Inhalt nicht, muß aber jetzt schon betonen, daß meine Fraktion jeder Beamtenzunehmehrer und jeder Höherbeförderung von Beamten ablehnend gegenübersteht. Hilfe für die Landwirtschaft ist dringend notwendig. Wir werden das Hilfsprogramm im Ausschusse beraten, müssen aber verlangen, daß die Hilfe gleichmäßig über alle Landesstellen verteilt wird, und daß auch die notleidenden Bauern im Westen und Süden gebührend berücksichtigt werden.

Wir hoffen, daß seitens aller Parteien die Notwendigkeit der Erledigung bis zum 1. April klar erkannt wird.

Daß der Reichstag nach den Osterferien noch einmal zu fruchtbringender Tätigkeit zusammentreten könnte, wird jeder Kenner der parlamentarischen Lage verneinen.

(Sehr richtig! Im Zentrum.) Wir verlangen, daß der Reichstag dann seine Tätigkeit als beendet ansetzt und die Regierung sofort die kommende Wahl tunlichst schnell in die Wege leitet.

Abg. Dittmann (Soa.) richtet in einer Geschäftsordnungsberatung an den Vizekanzler die Frage, welche Teile des Arbeitsprogramms die Regierung auf dem Verordnungswege erledigen wolle.

Vizekanzler Dr. Hergt antwortet, der Verordnungswege komme nur in Frage bei der Änderung der Rechtsgrundlagen für die Kleinrentnerfürsorge.

Abg. Dr. Scholz (D. Vn.) bezeichnet es als einen erfreulichen Beweis des Verantwortungsbewusstseins und Arbeitswillens des Reichstags, daß sich jetzt trotz des Auseinanderfallens der Koalition die großen Parteien zur Erledigung der dringendsten gesetzgeberischen Aufgaben zusammengefunden haben. Mit dem sozialdemokratischen Redner, so erklärt Abg. Dr. Scholz, muß auch ich mein Ersäunen darüber aussprechen, daß der Finanzminister jetzt plötzlich wieder über so große Mittel verfügt, während er noch vor kurzem nicht einmal eine Million übrig hatte für die dringendsten Aufgaben. Die Deutsche Volkspartei wird sachlich mitarbeiten an der Erledigung des Arbeitsprogramms,

aber sie muß die volle Verantwortung für die finanziellen Wirkungen dem Reichsfinanzminister überlassen.

Der Redner erkennt die loyale Haltung der Oppositionsparteien an. Bedeutende Aufgaben seien noch durch das sterbende Parlament zu erledigen. Der Redner betont, daß durch die Neuanforderungen keine neuen Steuerbefragungen eintreten dürften.

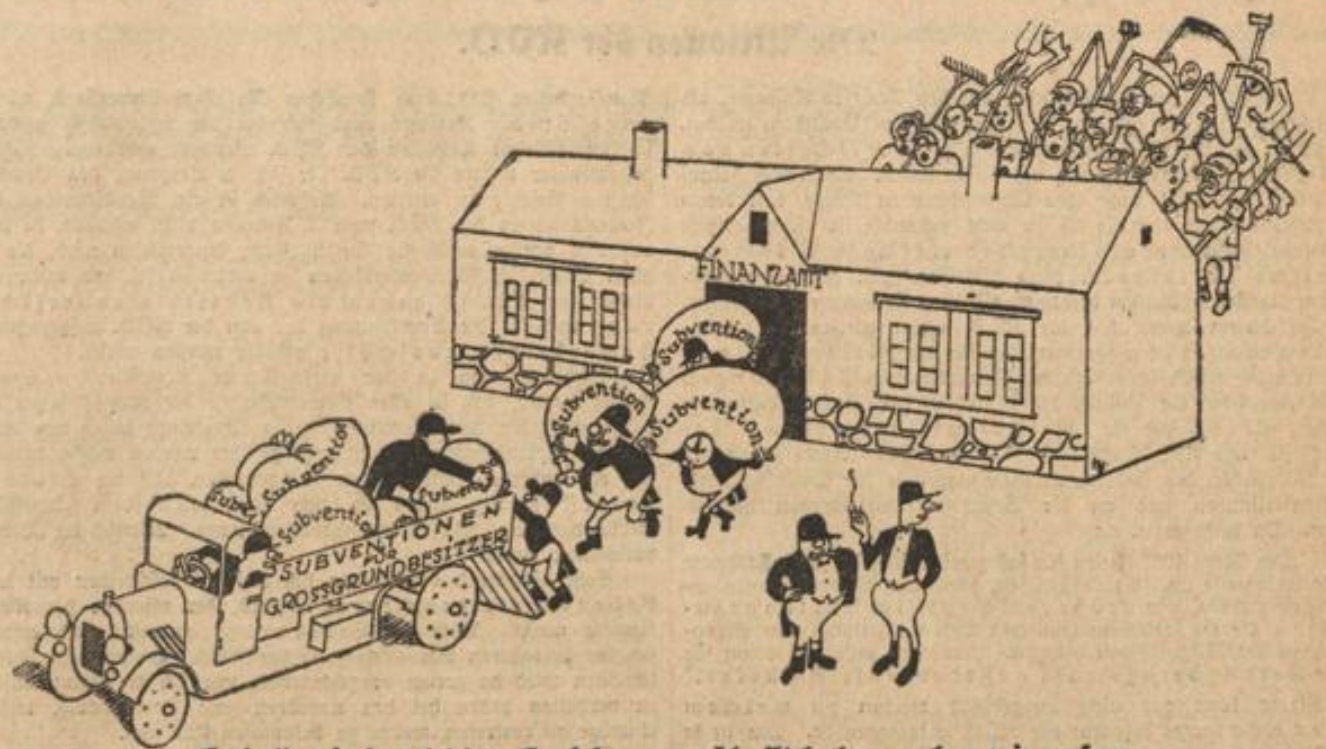
Abg. Dietrich-Baden (Dem.) lehnt es ab, daß etwa auch die Oppositionsparteien jetzt hinter der Regierung ständen.

Die bisherigen Regierungsparteien hätten nach wie vor die Verantwortung zu tragen.

Nicht der Parlamentarismus, sondern die gegenwärtige Regierungskoalition habe Bankrott gemacht. Für das Notprogramm sei die Opposition ohne jede Verantwortung. Es sei eine Fleißarbeit auf allen Gebieten. Das Notprogramm fordere insgesamt sofort 235 Millionen. Es sei sehr merkwürdig, daß dieses Geld plötzlich vorhanden sei, nachdem die Vertreter der Regierungsparteien kürzlich im Ausschusse die etwas rosenrote Schilderung des Finanzministers ohnfüßig kritisiert und schwarz in schwarz gemalt hätten. Die Regierung müsse klipp und klar erklären, wie sie diese Ausgaben decken wolle. Der vorbehaltene Teil der Zölle sei dazu bestimmt gewesen, im Wege der Handelsverträge die Industriezölle zu senken. Der Redner fragt, ob man etwa diesen Weg jetzt verlassen wolle.

Abg. Schaeffer (Komm.) fordert die Annahme des von den Kommunisten gegen die Regierung eingebrachten Mißtrauensantrags und die sofortige Auflösung des Reichstags.

Junker und Bauernrevolte.



„Sobald wir den letzten Sack herausgeschafft haben, geben wir unsern Bäuerlein das Signal zum Sturm!“

Abg. Dreewitz (Wirtschft. Bgg.) erklärt, seine Freunde seien bereit, die Erledigung des Etats und des Nachtrags Etats wirksam zu fördern.

Abg. Lecht (Bayr. Bp.) begrüßt es, daß die allgemeine Aussprache nach heute beendet werden solle. Die Bayerische Volkspartei wolle an der Erledigung des Arbeitsprogramms mitarbeiten, um nach Möglichkeit den wirklich bestehenden Notständen abzuhelfen.

Bei den Abstimmungen zum Haushalt des Reichsministeriums und der Reichskasse wird ein kommunistischer Antrag auf Aufhebung der Reichsvertretung in München gegen die Linke und die völkischen Gruppen abgelehnt. — Der Haushalt wird bewilligt.

Das kommunistische Mißtrauensvotum gegen die Regierung wird gegen die Sozialdemokraten, Kommunisten und einen Teil der Demokraten abgelehnt.

Um 19¼ Uhr vertagt sich das Haus auf Dienstag, 14 Uhr. Auf der Tagesordnung steht der Haushalt für Versorgung und Ruhegehälter.

Fürst Lichnowsky gestorben.

Botschafter und Anführer des kaiserlichen Regimes.

Auf seinem Gute Kuchelna ist der frühere kaiserliche Botschafter in London, Fürst Lichnowsky, 68jährig gestorben.

Fürst Lichnowsky, ein Neffe jenes Lichnowsky, der im Jahre 1848 zusammen mit dem General Wierswald in Frankfurt ermordet wurde, hatte schon als junger Mann die begonnene diplomatische Laufbahn verlassen, wurde aber im Herbst 1912 durch die Gunst Wilhelms II. zur allgemeinen Ueberraschung zum Nachfolger Marschalls in London berufen. Er bemühte sich mit großem Eifer um die deutsch-englische Verständigung, und das geplante Kolonialabkommen war, unter seiner wesentlichen Mitwirkung, beinahe vollendet, als der Weltkrieg ausbrach. Damit waren auch Lichnowskys Hoffnungen und Pläne in Trümmer geschlagen, in tiefer Verbitterung zog sich der abberufene Londoner Botschafter ins Privatleben zurück. Er verfaßte eine Denkschrift über die Schuld am Kriege, in der er schwerste Anklagen gegen die leitenden Stellen in Berlin erhob, die aber nach seiner Absicht nur im engeren Kreise der Vertrauten verbreitet werden sollte. Gegen seinen Willen erfolgte die Veröffentlichung, die in der ganzen Welt ungeheuerstes Aufsehen hervorrief. Die Entente gebrauchte die Schrift als wirkungsvolles Propagandamittel und ließ sie von Fliegern über den deutschen Schützengräben abwerfen. Lichnowsky wurde aus dem preußischen Herrenhause ausgestoßen, mehr wagte man ihm nicht zu tun. Über der Offizier, der die Schrift verredet hatte, Hauptmann v. Beerfelde, kam ins Gefängnis.

Nach dem Kriege verfaßte Lichnowsky ein Erinnerungswort „Auf dem Wege zum Abgrund“. Seine Gegner warfen ihm vor, daß er in den wiedergegebenen Akten unterdrückt habe, aus denen hervorgehe, daß seine Berichterstattung in der kritischen Zeit vor dem Kriege keineswegs so eindeutig und klar gewesen sei, wie er es selber wahr haben wollte.

Alles in allem war Lichnowsky einer jener Diplomaten des alten Regimes, denen es nicht an Einsicht und gutem Willen fehlte, die sich aber nicht die Kraft zutrauten, in der Leitung der deutschen Außenpolitik eine entscheidende Besserung herbeizuführen. In der großen Schicksalsstragödie des Kaiserreichs spielten sie die Rolle von Fatalisten, die das Verhängnis kommen sahen, aber kein Mittel wußten, es zu wenden. Einer von denen, die in der Dämmerung standen zwischen der alten und der neuen Zeit war auch Lichnowsky. Es war kein Glücklicher, der da starb!

Stinnes und der Barmat-Prozess.

Plädoyers der Verteidiger.

In der gestrigen Gerichtsverhandlung begannen die Plädoyers der Verteidigung! Als erster kam Rechtsanwält Dr. Scherz zum Wort. In einer Schilderung Barmats als Persönlichkeit brachte er nur Bekanntes vor. Ausführlich ging er jedoch auf den Vergleich zwischen Stinnes und Barmat ein, den der Oberstaatsanwalt in seinem Plädoyer gezogen hatte. Dieser hatte erklärt, Stinnes sei sicherlich ein Mann gewesen, der die Inflation meisterhaft für sich auszunutzen verstanden habe, der nicht im deutschen Warenhaus der Unternehmungen das schlechteste gekauft habe, sondern nur dort, wo Schornsteine rauchten. Deshalb sei Stinnes relativ gesund und kräftig aus der Krise herausgegangen; selbstverständlich habe auch er Hilfe gehabt.

„Ich bin in der Lage,“ sagte der Verteidiger, „die wirklichen Motive anzugeben, die im August 1925 die deutschen Großbanken

einschließlich der Staatsbank bewogen haben, den Stinnes-Konzern zu stützen. Es waren besonders politische Erwägungen, die die Führer der deutschen Kapitalmacht veranlaßten, dem Stinnes-Konzern 40 Millionen Goldmark allein zur Stützung zur Verfügung zu stellen. Es waren dies die gleichen Erwägungen, die schließlich veranlaßten, den Zusammenbruch des Barmat-Konzerns herbeizuführen.“

Ende Juni 1925, kurz nachdem die Beendigung der Stützungaktion für Stinnes beendet war, gab Herr Jakob Goldschmidt, der Inhaber der Darmstädter Nationalbank, dem englischen Finanzjournalisten Barrett ein Interview, in dem es wörtlich heißt:

„Nach einer anderen ernste Folge verhinderte, dem Zusammenbruch des Hauses Stinnes einfach zuzusehen. Wäre dieser große Konzern zusammengebrochen, so würden die Sozialisten diese günstige Gelegenheit bis zum äußersten ausgenutzt und mit Zinsen alles das zurückgegriffen haben, was sie während der Barmat- und Kautskierkandale durchgemacht haben. Sie würden fähig gewesen sein, auf Jahre hinaus die Arbeiter Deutschlands durch die ausgewählten Streitigkeiten anzuspalten. Und da Stinnes ebenso bekannt ist in Deutschland als auch in anderen Ländern, würde dieser Kraft über ganz Europa als Grundlage für Kollisionskämpfe dienen haben.“

Diese Äußerungen des Herrn Goldschmidt werfen ein großes Schlichtlicht auf die wirklichen Hintergründe des Zusammenbruchs des Amerika-Konzerns. Wäre der Stinnes-Konzern im Jahre 1923 genau wie der Amerika-Konzern von drei Staatsanwälten erstürmt worden, wären sämtliche Korrespondenzen und Geschäftsbücher dieses Konzerns beschlagnahmt worden und hätte man sämtliche, auch die dringendsten Zahlungen innerhalb des Konzerns verboten, so hätten wir wahrscheinlich eine, den Fall Barmat weit übertreffende wirtschaftliche Katastrophe erlebt. Denn die Schuldenlast des Stinnes-Konzerns betrug am 11. Juni 1925 nach amtlicher Feststellung 130 Millionen Goldmark. Darunter waren 110 Millionen kurzfristige im Juni und Juli des Jahres fällige Verbindlichkeiten.

Der Verteidiger bestritt schließlich den von der Staatsanwaltschaft angenommenen Verdacht bewußten Betruges.

Reichsgericht und Fememord.

Das Todesurteil für zwei Fememörder aufgehoben!

Der 2. Strafsenat des Reichsgerichts beschäftigte sich gestern mit der Revision der beiden landwirtschaftlichen Arbeiter Willig und August Best, die am 13. Dezember 1927 vom Schwurgericht zu Reuruppin zum Tode und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt worden waren. Beide hatten am 1. Dezember 1926 den Arbeiter Jünder in den Wald gelockt und ihn wegen angeblich verätherischer Handlungen mit einer Art erschlagen. Der Senat kam zur Aufhebung des Urteils und zur Zurückverweisung der Sache an die Vorinstanz. Das Gericht habe im Urteil nicht genau geprüft und festgestellt, ob der Mord mit Vorsatz ausgeführt worden sei; es könnte eventuell nur Totschlag in Frage kommen!

Jungdo und Schwarzrotgold.

Die Republikanische Beschwerdestelle hatte dem Jungdeutschen Orden die Frage vorgelegt, wie sich der Orden dazu stellt, daß in Westdeutschland drei Mitglieder des Jungdeutschen Ordens die Reichsfahge heruntergerissen haben. Darauf hat namens des Ordens der Pressewart, August Abel, folgende klare und eindeutige Antwort erteilt: „Der Orden mißbilligt scharf ein solches Verhalten. Der Jungdeutsche Orden respektiert die schwarzrotgoldene Reichsfahge.“

Autonomisten sieg im Elsaß.

Paris, 27. Februar.

Bei der Gemeindevwahl in Haguenau sind 3211 Stimmen abgegeben worden. Absolute Mehrheit 1606. Es standen sich zwei Listen gegenüber, die des abgelehnten Bürgermeisters Weich und die der „Nationalen Eintracht und Verteidigung der Interessen der Stadt“. Gewählt wurden 17 Kandidaten der Liste Weich mit 1684 bis 1825 Stimmen. Die höchste Stimmzahl fiel auf Bürgermeister Weich. Auf die Gegenliste entfielen 1203 bis 1475 Stimmen. Es stehen noch zehn Stichwahlen aus, die wahrscheinlich am nächsten Sonntag entschieden werden.

Weich hat nach der Feststellung des Wahlergebnisses an Poincaré ein Telegramm gerichtet, in dem er seine Anhänglichkeit an Frankreich versichert: „Neber alle Meinungsverschiedenheiten und Parteikämpfe hinaus sind wir Franzosen und wollen es bleiben.“

Perspektiven und Richtlinien.

Die Aktionen der KPD.

Die KPD. nimmt für sich nicht nur das Recht in Anspruch, als politische Partei eine mitunter recht merkwürdige Politik zu treiben, sie glaubt auch das Recht zu haben, den Gewerkschaften vorzuschreiben, was diese tun und lassen sollen. Aber auch darauf beschränkt die KPD. nicht ihre Einnischung in Dinge, von denen sie nichts versteht und für die sie nicht zuständig ist. Sie versucht krampfhaft, innerhalb der Gewerkschaften kommunistische Parteipolitik zu betreiben bzw. durch ihre Mitglieder die Gewerkschaften in kommunistisches Fahrwasser zu bringen.

Zu diesem Zweck hat die KPD. einen ganzen Organisationsapparat aufgezogen, der für die Zellen und Fraktionen der KPD. innerhalb der Gewerkschaften Anleitungen herausgibt über die Politik, die innerhalb der Gewerkschaften zu machen ist. So hat die „Reichsfraktionsleitung Metall“ für das erste Vierteljahr 1928 eingehende Anweisungen an alle Mitglieder der Reichsfraktionsleitung, an die Bezirksgewerkschaftsleitungen und an die Bezirksfraktionsleitungen herausgegeben. Da heißt es u. a.:

„Am März 1928 laufen für fast zwei Drittel der Metallarbeiter die Lohnsätze ab. Es müssen jetzt schon alle Vorbereitungen getroffen werden, um größere Kämpfe im April auszulösen, die die sozialdemokratischen Verbände in Gegenjahre zu der Mitgliedschaft bringen. Das wird unsere Position für die Verbandstagswahl außerordentlich stärken!“

Klarer kann gar nicht ausgedrückt werden zu welchem Zweck dieser ganze Apparat der KPD. aufgezogen ist. Das ist so die Einheitsfront, wie man sie sich in der KPD. vorstellt! Zu den Ortsverwaltungsahlen heißt es u. a.:

„Die Fraktionen müssen durch Kontrolle der Bezirksfraktionsleitung angehalten werden, sich eine Karteothek der Sympathisierenden anzulegen, die sie in Verbindung mit den Metallbetriebszellen aufstellen müssen.“

Wir veröffentlichen diese Stelle nur, damit die „Sympathisierenden“ sehen, wie sie von der KPD. mißbraucht werden. Die Anleitungen auch nur auszugsweise wiedergegeben, ist aus Raumgründen gar nicht möglich. Wir wollen nur noch bemerken, daß die Mitglieder angehalten werden sollen, sogar über das Thema der Unterrichtsturse des Metallarbeiterverbandes der KPD. zu berichten, daß die kommunistischen Mitglieder Artikel an die „Metallarbeiter-Zeitung“ einsenden wollen, weil im Falle der Veröffentlichung die kommunistischen Richtlinien mehr als 800 000 Metallarbeitern bekannt würden und im Falle der Nichtveröffentlichung „ein Argument mehr... gegen die Reformisten“ zur Verfügung stünde.

Bezeichnend ist es übrigens auch, daß das Rundschreiben eingeleitet, daß noch sehr viele Mitglieder der KPD., die

Metallarbeiter sind, dem Deutschen Metallarbeiterverband nicht angehören. Darüber wird sich bei der systematisch gewerkschaftsfeindlichen Agitation der KPD. niemand wundern. Nichtsdestoweniger nimmt die KPD. für sich in Anspruch, den Gewerkschaften Befehle zu erteilen. Ähnlich ist ein Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD. vom 3. Februar 1928 gehalten, in dem auf eine vorher verschickte Entschließung hingewiesen wird, die in allen Gewerkschaftsversammlungen zu vertreten sei, wo mehr als bisher der Kampf gegen die Arbeitslosenversicherung und für die Anerkennung der von der KPD. aufgezogenen Erwerbslosenausschüsse geführt werden müsse.

Während man in den verschiedenen Rundschreiben immer wieder betont, daß in allen Gewerkschaften der Kampf gegen die Einführung der Invalidenunterstützung, überhaupt gegen den Ausbau der Unterstützungseinrichtungen geführt werden müsse, bemüht sich ein anderes Rundschreiben nachzuweisen, daß die Sterbeunterstützung, wenn sie von Kommunisten eingeführt werde, durchaus „Klassenkampfcharakter“ trage. Nämlich im „Internationalen Bund“.

Sehr eingehend beschäftigen sich diese Rundschreiben mit dem Lebensmittelarbeiterverband, der offenbar der KPD. Appetit macht. Auch der Lederarbeiterverband erfreut sich der besonderen Berücksichtigung der KPD. In endlosen Rundschreiben wird da genau vorgeschrieben, wie sich die Kommunisten zu verhalten haben bei den Anträgen zum Verbandstag, welche Anträge zu vertreten, welche zu bekämpfen sind usw.

In einem anderen Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD., das die Nr. 6 trägt und an alle Bezirksleitungen und Reaktionen gerichtet ist, heißt es u. a.:

„Die Ausschlußanträge der Gewerkschaftsleitungen gegen eine große Anzahl kommunistischer Funktionäre machen es notwendig, daß in allen Gewerkschaftsorganisationen von unseren Genossen Protestresolutionen gegen die Ausschüsse, für die proletarische Demokratie, für die Einheit der Gewerkschaften eingebracht und begründet werden. Parteilose und sozialdemokratische Arbeiter sind zu veranlassen, ihre Stellungnahme zu diesen schriftlich niederzulegen, damit in der Presse eine breite Diskussion stattfinden kann.“

Da die KPD. eine eigene Politik zu machen nicht imstande ist, läßt sie hinter den Parteilosen und den Sozialdemokraten her und geht dann mit deren Meinung haufen. Solche Zuschriften von „sozialdemokratischen Arbeitern“ prangen dann, mit fetten Ueberschriften versehen, auf der ersten Seite der kommunistischen Presse. Diese angeblichen Führer der KPD. bemerken gar nicht, welche klägliche Rolle sie spielen, wenn sie fortgesetzt sich krampfhaft an die Rockschöße der Sozialdemokraten hängen und leidend hinter dem Wagen der Gewerkschaften herlaufen.

Schutze der bedrohten gewerkschaftlichen Pressefreiheit aber wird nicht nur die Sympathie aller anständig denkenden Menschen auf seiner Seite sein, sondern auch die Unterstützung der dazu berufenen Organe der gesamten Arbeiterklasse.

Der Allgemeine Verband der Bankangestellten teilt uns mit: Zur Vermeidung von Mißverständnissen machen wir darauf aufmerksam, daß die in dem Vergleichsvorschlag des Reichsarbeitsamts vorgesehene Ausgleichszahlung nur an den Bankplätzen zu leisten ist, an denen auch die Reichs- und Staatsbeamten gemäß der Verordnung des Reichsfinanzministers vom 16. Dezember 1927 Abfindungssummen erhalten. Es sind dies nur die Orte mit einem Sonderzuschlag von bisher 15 und 10 v. H. In allen übrigen Bankplätzen, insbesondere also auch in Berlin und Hamburg, gelten die herabgesetzten Ortsabfindungssätze, ohne daß eine Ausgleichssumme gezahlt wird.

Geschlossene Front in Mitteldeutschland.

Ablehnung der kommunistischen Spaltungsversuche.

Magdeburg, 27. Februar. (Eigenbericht.)

Die am Freitag morgen wieder geschlossen in die Betriebe zurückgekehrten Metallarbeiter Magdeburgs waren am Sonntag mittag zu einer Kundgebung in der großen neuen Magdeburger Stadthalle vereint. Vor den Eingängen standen Rote Frontkämpfer in Uniform bei ganzen Bergen von verleumderrischen Flugblättern. Sie fielen der allgemeinen Verachtung anheim, wurden die Blätter nicht los und mußten sie in geordneten Paketen wieder abschleppen.

In der Halle erntete inzwischen der Magdeburger Bevollmächtigte der Metallarbeiter, Kaufers, einer der Berliner Unterhändler, mit seinen Darlegungen stürmischen Beifall. In einer von über 95 Proz. der Versammelten angenommenen Entschließung wurde anerkannt, daß die Organisationsleiter ihre volle Schuttligkeit getan haben. Die Verbindlichkeitserklärung wird als unzulässiges Eingreifen in das Streikrecht bezeichnet. Für eine kommunistische Resolution erhoben sich nur wenige Hände, obwohl der hiesige

Ableger der „Roten Fahne“ in der Sonntagsnummer mit fetter Schrift quer über das ganze Blatt verläuft hatte: „Am Sonntag erstattet der Niederlagenstrategie Kaufers Bericht über die verlorene Schlacht.“ Einzelne Differenzen bei der Arbeitsaufnahme sind durch das Eingreifen der Organisation beigelegt worden; über andere wird im Laufe dieser Woche entschieden.

Vor Lohnkämpfen in Baden und der Pfalz

Um die Löhne für Bierzigtausend.

Karlsruhe, 27. Februar. (Eigenbericht.)

Die Tarifkommission der chemischen Industrie, Sektion VI, des Lohnbezirks Baden und Rheinpfalz hat die Gauleitung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Gau 12, beauftragt, das Lohnabkommen zu kündigen, so daß dieses Ende März 1928 abläuft. Dieses Lohnabkommen erstreckt sich auf 80 Betriebe mit etwa 27 000 Beschäftigten.

Gekündigt werden ferner das Lohnabkommen für die Seifenindustrie Baden und Rheinpfalz mit ungefähr 1500 Beschäftigten, die Lohnabkommen für die Papiererzeugungsindustrie Baden und Rheinpfalz mit etwa 7000 Beschäftigten in 37 Betrieben.

Der Unternehmerverband der badischen Ziegeleien hat den Bezirksrahmenvortrag gekündigt, der Unternehmerverband der pfälzischen Ziegeleien teilt mit, daß die zurzeit bestehenden Lohnsätze nur bis zum 29. Februar Gültigkeit hätten. Betroffen werden bei dieser Lohnbewegung in der badischen und pfälzischen Ziegelerindustrie ziemlich 3500 Beschäftigte.

Weitere Kündigungen von Lohnverträgen stehen bevor. Geschlossenheit und Einheit der Arbeiterschaft ist bei diesen bevorstehenden Lohnkämpfen notwendig.

Tariffündigung in der Textilindustrie Württembergs

Stuttgart, 27. Februar.

Die Arbeiterverbände der württembergischen Textilindustrie haben den zurzeit gültigen Lohn- und Manteltarif zum 31. März gekündigt. Verlangt wird eine Erhöhung der Löhne und eine Neuregelung von Arbeitszeit und Urlaub.

Zwei Pfennige sind zuviel!

Warum die Arbeiter vom Lande abwandern.

Auf Antrag der Unternehmer der Landwirtschaft Mitteldeutschlands — Provinz Sachsen, Preussisch Anhalt, Sachsen, Thüringen, Braunschweig, Kurhessen und Südhannover — beim Reichsarbeitsminister fanden Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium statt. Zum Schlichter war der Regierungsrat Linow (Stettin) bestimmt worden. Nach den Vorverhandlungen berief der Schlichter eine Schlichtungskammer, der er folgenden Vorschlag unterbreitete:

„Der Spitzenlohn der Landarbeiter und Landarbeiterinnen erhöht sich ab 1. März 1928 um 1 1/2 Pf. je Stunde (!), ab 1. Juli tritt eine weitere Erhöhung von 1/2 Pf. ein, die Erntezulage bleibt wie im Jahre 1927. Laufzeit bis 31. Dezember 1928.“

Diesen Vorschlag erhob der Schlichter zum Schiedspruch. Der Schiedspruch vom 19. Januar 1928 brachte den Spitzenlohnempfindern eine Erhöhung von 2 Pf. je Stunde mit derselben Laufzeit, nur daß die Akkordvereinbarungen von 1927 auch für 1928 festgelegt waren. Der Schiedspruch vom 21. Februar ist eine Verschlechterung gegenüber dem Schiedspruch vom 19. Januar, indem am 1. März nur eine Erhöhung von 1 1/2 Pf. eintreten soll, während der erste Schiedspruch ab dieser Zeit eine Erhöhung von 2 Pf. je Stunde vorsah. Der Deutsche Landarbeiterverband und die übrigen Arbeiterverbände nahmen in den nächsten Tagen Stellung zu diesem Schiedspruch. Infolge der Verschlechterung wird der DVA. auch diesen Schiedspruch ablehnen. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 3. März 1928.

Abteilung SPD-Betriebsfraktion im Bezirksamt Krensberg! Arbeiter, Beamte, Angestellte: Nächste Sitzung am Donnerstag, 1. März, bei Ewald, Schiller Str. 128, am Rottbühlertor. Anfang 19 1/2 Uhr pünktlich. Tagesordnung: 1. Einheitsfront und Selbstverwaltung. Referent Genosse Ewaldt Dittmer. 2. Mittelsachen. 3. Verschicktes. Erscheinen ist Pflicht. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Fraktionsvorsitz.

Jugendgruppe des DVA. Deutscher Dienstag, Turnabend von 10-12 Uhr in der Turnhalle der Schule Paruder Str. 20. Turnleistung ist mitzubringen. — In Anbetracht des bevorstehenden Reichsjugendtages, bei dem auch sportliche Wettkämpfe ausgetragen werden, bitten wir alle Jugendfreunde, die turnerisch befähigt sind, an den Turnabenden teilzunehmen.

Reise Gewerkschaftsjäger Groß-Berlin. Deutscher Dienstag, um 10 1/2 Uhr, laden die Gruppen: Humboldt: Jugendheim Graun, Ecke Vorkingstraße. Fortzug: „Wir und die Religion.“ — Edelstein: Jugendheim des Verkehrsverbandes, Engelauer 2-3, Aufgang II, parti links. Wir beteiligen uns an der Veranstaltung des Verkehrsverbandes: „Reise: Schaufführungen.“ — Erdmann: Jugendheim Schule Bildirstraße, 30-34 (Hortsmeyer). Fortzug: „Arbeit ist unser Leben, Arbeit ist unser Leben und Gewerkschaft.“ — Frankfurter: Jugendheim Viktoria Str. 18, Zimmer 2. Fortzug: „Sub und Mühe in der Jugendbewegung.“ — Farchberger: Jugendheim Viktoria Str. 18, Zimmer 2. Fortzug: „Die Entwicklung der Gewerkschaften nach dem Krieg.“ — Gieseler: Jugendheim Beuthstraße, an der Brühlstraße. Wir überlegen die günstigsten Fremdbücher.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geer; Wirtschaft: G. Ringelberg; Gewerkschaftsbewegung: R. Glaser; Revolution: R. B. Böcher; Solales und Sonstiges: Erik Rothardt; Anzeigen: H. Glade. (Gültig in Berlin) Verlag: Formaris-Berlin G. m. b. H. Berlin. Druck: Formaris-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 8, Lindenstraße 2. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“

Kampfaufstakt im Bankgewerbe.

Bankleitungen gegen Gewerkschaftspresse.

Am Beginn einer Bewegung der Bankangestellten um Verbesserung der jetzigen unwürdigen Lohn- und Arbeitsbedingungen, sucht das Bankkapital das Verbandsorgan des freigewerkschaftlichen allgemeinen Verbandes der deutschen Bankangestellten mundtot zu machen. In einer auf Befehl des Reichsverbandes der Bankleitung am schwarzen Brett aller Betriebe angeschlagene Bekanntmachung wird den Angestellten verboten, das Verbandsorgan des Allgemeinen Verbandes in den Betrieben zu verbreiten. „Zu widerhandelnde haben striftlose Entlassung zu gewärtigen“ heißt es am Schluß dieses Anschlages.

Ein an der Spitze der letzten Nummer des Verbandsorgans veröffentlichtes Gedicht, „Nachttaumel“, hat den Zorn der Bankgewaltigen herausgeschworen, weil darin treffend ein Spiegelbild der Machtverhältnisse und der sozialen Zustände im Bankgewerbe gezeichnet ist. Trotzdem jede in dem Gedicht enthaltene Behauptung Punkt für Punkt unter Beweis gestellt werden kann, bzw. gerade deshalb scheinen die Bankgewaltigen ganz aus dem Häuschen geraten zu sein.

Nach Ansicht der Finanzbarone ist es zwar ganz in der Ordnung, daß einzelne Größen von ihnen, jeder für sich allein, mehr Einkommen bezieht, als der Reichspräsident und das gesamte Reichskabinett zusammen; wenn jedoch von dieser Tatsache gesprochen wird, dann ist dies „Beschimpfung und Verhöhnung“.

Daß nach Artikel 118 der Reichsverfassung jeder Deutsche das Recht hat, innerhalb der Schranken der allgemeinen Befehle seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern, darum kümmern sich unsere Bankgewaltigen nicht. Ebenso wenig macht es ihnen Kopfschmerzen, daß nach § 5 des von ihnen unterschriebenen Tarifvertrages die Verteilung des Verbandsorgans Tarifrakt ist.

Der Allgemeine Verband, der schon so manchen Kampf mit den diktatorischen Bankgewaltigen auszufechten hatte, wird auch diesen Streich des Bankkapitals mit der ihm eigenen Energie mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu parieren wissen. Zum



Einsegnungs-Anzüge

in vielseitiger Auswahl fertig am Lager zu niedrigsten Preisen

- | | | | |
|---|------|---|------|
| Blauer Cheviot 2-reihig Gr. 38 | 30.- | Marango-Cheviot 1-u.2-reihig Gr. 38 | 52.- |
| Blauer halbh. Cheviot 2-reihig Gr. 38 | 36.- | Blau Twill-Kammgarn reine Wolle, 2-reihig Gr. 38 | 52.- |
| Blauer Melton-Cheviot 1-u.2-reihig Gr. 38 | 43.- | Blau Kammgarn teilswoolene Qualität 1-u.2-reihig Gr. 38 | 69.- |

Oberhemden - Kragen - Schleifen - Hüte Handschuhe

Seineweber
Berlin C. Köllnischer Fischmarkt 4-6

Größte Produktion der Welt!



Kino-Brandkatastrophe in Italien.

Etwa 35 Menschen getötet und über 30 schwer verletzt.

Mailand, 27. Februar.

Aus dem Dorfe Moriago an der Piave in der Provinz Treviso wird eine schwere Kino-Brandkatastrophe gemeldet. Die Zahl der Todesopfer übersteigt 30. Ungefähr ebensoviel sind schwer verletzt. Das Feuer brach während der Vorstellung am Sonntagabend aus, als das mit nur einem Ausgang versehene und im ersten Stock gelegene Dorfkino bis auf den letzten Platz gefüllt war.

Der Brand, der in der Filmkammer ausbrach, hatte im Nu auf den Zuschauerraum übergegriffen. Es entstand eine ungeheure Panik. Alles stürzte unter Schreienrufen nach dem Ausgang. Die Fenster waren mit Gittern versehen und erlaubten so keine Flucht. In dem ungeheuren Gedränge wurden Frauen und Kinder erdrückt und folgetreten. Der Kinooperator scheint sich ebenfalls unter den Opfern zu befinden. Der anwesende Bürgermeister des Dorfes und seine Gattin konnten sich mit knapper Not retten. Aus Treviso nach Venedig wurde die erste Hilfe gebracht. Unter der Bevölkerung des Dorfes, das 2000 Einwohner zählt, herrscht eine verzweifelte Stimmung. Fast keine Familie ist ohne ein Opfer. Viele Mütter suchen nach ihren Kindern, doch sind viele der bis jetzt aufgefundenen 35 Leichen bis zur Unkenntlichkeit verkohlt. Die Brandstelle wurde abgesperrt. Die Rettungsarbeiten dauern fort. Der Zustand vieler Schwerverletzten ist hoffnungslos. Für den Ordnungsdienst wurden aus Treviso Truppen herbeigerufen.

Als der Präfect von Treviso an die Brandstelle eilen wollte, verunglückte er mit seinem Auto, wobei der Chauffeur getötet, er selber schwer verletzt wurde.

Schweres Lawinenunglück in Tirol.

Drei Leipziger Skifahrer verunglückt.

Ein schweres Lawinenunglück ereignete sich in Tirol am Pödnast-Joch bei Steinach. Drei Skifahrer aus Leipzig unternahmen dort Touren und wurden seit dem 19. Februar nicht mehr gesehen. Die Nachforschungen ergaben, daß alle drei Touristen in der Nähe der sogenannten Kirchbach reifen von einer großen Lawine in die Tiefe gerissen wurden. Es handelt sich um den 23jährigen Schriftföhrer Friedrich Reiche aus Leipzig, den 22jährigen Mechaniker Rudolf Schmidt aus Leipzig und um einen dritten Leipziger, dessen Personalien noch nicht festgestellt werden konnten. Eine Expedition ist von Innsbruck aus zur Suche abgegangen. Die Pässe von Schmidt und Reiche wurden in den zurückgelassenen Rudern vorgefunden.

Der Skandal vom Leunawerke.

Fabrikant Wagner vor Gericht.

Im Frankenthal begann gestern vormittag vor dem Schöffengericht Ludwigshafen, das wegen Raummangel im Frankenthal tagte, der Betrug- und Bestechungsprozeß gegen den Fabrikanten Wagner.

Wagner werden vier Vergehen des Betruges, drei Vergehen der Angestelltenbestechung und fünf Vergehen der Beamtenbestechung vorgeworfen. Ferner haben sich dreizehn Angeklagte, zum größten Teil Angestellte des Leuna-Werkes der I. G. Farbenindustrie, wegen Beihilfe zum Betrug und wegen Beamtenbestechung zu verantworten. Die Angeklagten sind von den Staatsanwälten Jung und Dr. Böhlmann vertreten. Den Vorsitz in der Verhandlung führt Landgerichtsrat Dr. Ritterspacher. Der Verein gegen das Bestechungswesen, der wegen Angestelltenbestechung Strafantrag gestellt hat und, soweit diese Vergehen in Frage kommen, als Nebenkläger zugelassen ist, wird durch Justizrat Wagner von der I. G. Farbenindustrie in Ludwigshafen vertreten.

Nach Aufruf der Angeklagten wurde zunächst der Fall Leuna, d. h. die Betrügereien zum Schaden des Leuna-Werkes, erörtert; als erster Fall die Angeklagte wegen Betruges durch Erhöhung der Ausmaße bei der ersten Lieferung von Flammkappen, die nach Quadratmetern bezahlt wurden. Ganz neu war dabei die Darstellung des Angeklagten, das Leuna-Werk habe verlangt, daß die Kappen wegen Sicherung der Befestigungen im unbefestigten Gebiete hergestellt werden mußten. Dazu bemerkte der Vorsitzende, daß die Zeugen von einem solchen Verlangen nichts wußten. Die Erhöhung der Ausmaße wurde der Angeklagte mit dem zwischen den theoretischen und den definitiven Rahmen verschiedenen Maß zu erklären. Die Frage des Vorsitzenden, ob ihm die Erhöhung der Ausmaße von der Werkleitung gestattet worden sei, beantwortete der Angeklagte dahin, daß diese Erhöhungen auf Grund mündlicher Vereinbarungen erfolgt seien, worauf ihm der Vorsitzende vorhielt, daß nach einer strengen Anweisung der Werkleitung alle Vereinbarungen schriftlich getroffen werden müßten und daß die in Betracht kommenden Zeugen von derartigen Vereinbarungen nichts wußten.

Darauf trat eine Mittagspause ein.

Wilhelm Gieshoit siebzugigjährig!

Am 24. Februar feiert unser Genosse Wilhelm Gieshoit seinen 70. Geburtstag. In voller Kraft nimmt er noch heute lebhaften Anteil an allen Kämpfen der Arbeiterklasse.

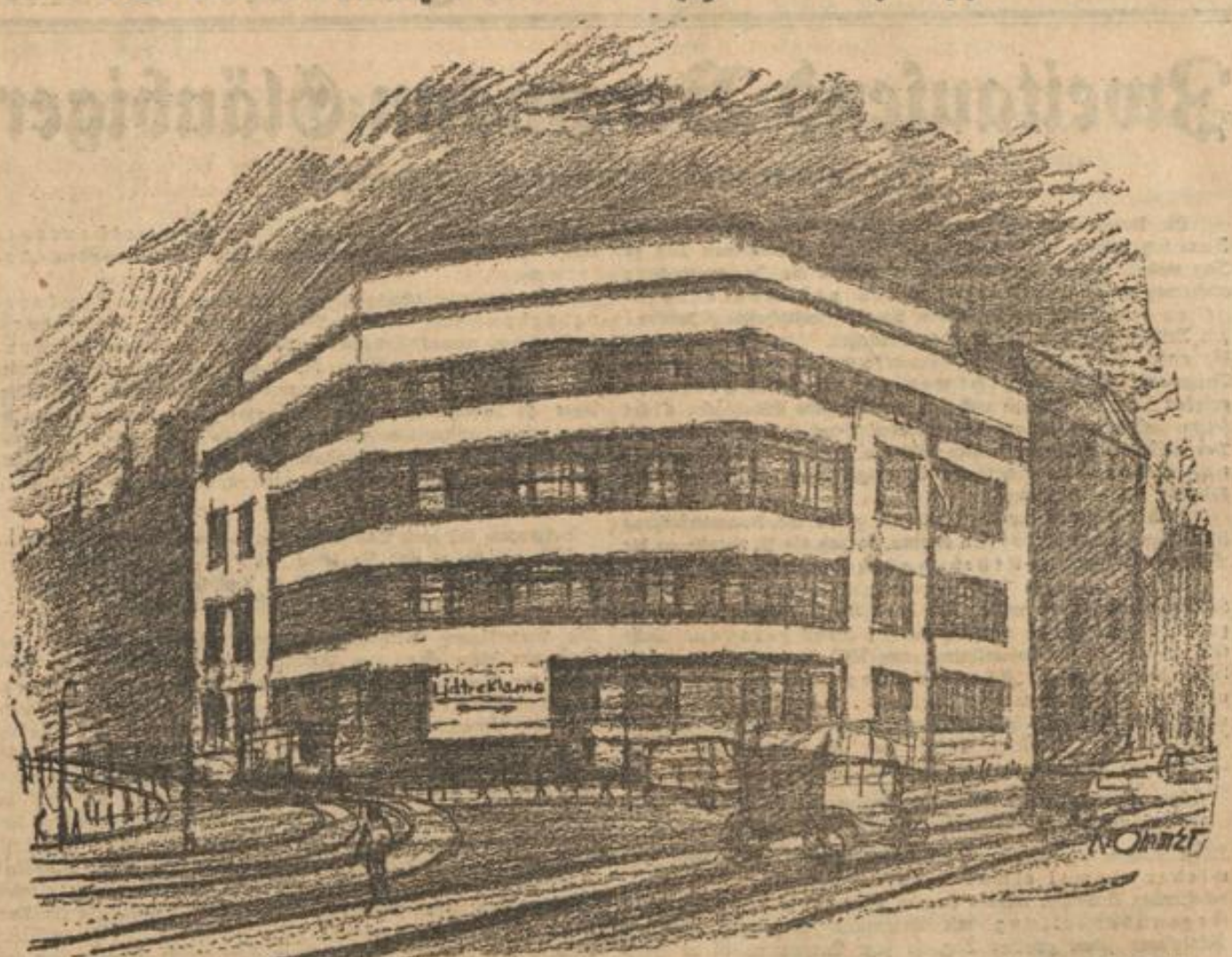
Von Geburt Westfale, kam er im Jahre 1882 als Handwerker nach Berlin, wo er als Metallarbeiter Stellung fand. Sein Temperament führte ihn in die Reihen der Klassenbewußten Arbeiter. Damals lastete das Schandstelen noch auf der Arbeiterbewegung. Wilhelm Gieshoits trübsamer Rat war bald im früheren & Berliner Wahlkreis ausschlaggebend. In den meisten Parteikonferenzen Berlins, die natürlich geheim tagten, sah man ihn in den nächsten Jahren.

Im November 1890 wurde er Vorsitzender des im Februar 1899 gegründeten Sozialdemokratischen Wahlvereins des 6. Kreises. 1893 wählte ihn der frühere 36. Stadtbezirk zum Stadtverordneten. Bei der 1894 erfolgten Gründung der Parteipeditionen hielt Gieshoit alles Experimentieren fern, so daß für die Partei neben dem Ideellen auch bald in geschäftlicher Hinsicht eintrat. Als 1902 sich die Berliner Genossen zur Herstellung des „Kampfbogens“ eine eigene Druckerei gründeten, wurde Wilhelm Gieshoit in den Aufsichtsrat (die sog. Revisorikommision) gewählt. Im Jahre 1912 wurde er an Stelle des verstorbenen Genossen Paul Singer Firmenträger dieses Parteiunternehmens. Diesen Posten bekleidet er auch heute noch mit Hingabe.

Da irgend Bedürfnis war, wußte Wilhelm Gieshoit Ausweg und Hilfe. So wandte von den Genossen, die in früheren Jahren durch Unternehmerrückfälle auf die Straße gestoßen waren, fand durch ihn eine neue Existenz. Heute genießt er in Frohnau die wohlverdiente Ruhe, im nächsten Verein mit seiner Frau, die ihm stets eine treue Stütze war.

Wir wünschen unserem alten Genossen noch viele Jahre in Frische und Gesundheit!

Die leuchtende Hausfassade.



Immer häufiger sieht man in letzter Zeit an verkehrsreichen Punkten der Großstadt ganze Hausfassaden, die für Lichtreklame verwendet werden. Mit überflüssigem, ornamentalem Schmuck versehene Hausfronten verwandeln sich in wenigen Wochen in technisch zweckmäßige „Lichtträger“, die mit Einbruch der Dunkelheit phantastisch große Buchstaben in aller Farben zeigen und dem nächsten Großstadtbild ein typisches Gepräge geben. Hauptächlich in der City und im Westen wächst die Zahl der Lichtreklamefassaden, die vom Geschäftsmann schon lange als wichtige Helfer zur Werbung geschätzt werden. Konnte sich die Lichtreklame anfangs

ungehemmt und ungeprüft ausbreiten, meist ohne Berücksichtigung ästhetischer Gesichtspunkte, so mehren sich in neuester Zeit die Zeichen, daß die künstlerisch einwandfreie Werbung als ein Produkt der Zusammenarbeit von Künstler, Ingenieur und Architekt, wie sie zum Beispiel bei der A.G. üblich ist, die Führung erlangt. Denn die schöne Werbung ist auch die beste Werbung, und gerade in Deutschland legt man zum Unterschied von anderen Ländern Wert darauf, weniger durch eine Häufung einander sich überstrahlender Lichtreklamen zu wirken als vielmehr durch klare, übersichtliche Verteilung der Buchstaben ein eindrucksvolles Bild zu geben.

Öffentliche Kundgebungen

Heute, Dienstag, 28. Februar, 20 Uhr,

im Lokal Wölffstein, Adlershof, Bismarckstr. 73/75. Redner Reichstagsabgeordneter Dr. Rudolf Breitscheid.

Achtung! Vorher um 19 Uhr Treffpunkt am Bahnhof Adlershof „Süßer Grund“ zum gemeinsamen Ausgang mit Musik. 105. Abteilung Adlershof der SPD.

Morgen, Mittwoch, 29. Februar, 20 Uhr

in den Schillerhöfen, Biesdorf, Königstr. 120. Thema: Religion und Sozialismus. Redner Pastor Hans Franke. 122. Abteilung Biesdorf der SPD.

Am Donnerstag, 1. März, 20 Uhr,

im Lokal „Kaffhäuser“, Niederhönoweide, Berliner Str. 91. Thema: Das Wahljahr 1928. — Die Abrechnung mit dem Bürgerblock. Redner Landtagsabgeordneter Ernst Heilmann. — Der Volkshor „Südosten“ trägt Kampflieder vor. Die Nachbarabteilungen werden um Unterstützung gebeten. 104. Abteilung Niederhönoweide.

Männer und Frauen, erscheint in Massen!

Franz Kirsch wollte ausbrechen.

In einer der letzten Nächte hörte man auf dem Gefängnishof in der Lindenstraße in Potsdam ein lautes Klirren. Der hinstehende Beamte fand eine zerbrochene Fenster Scheibe vor. Sofort wurde eine gründliche Untersuchung der Zellen eingeleitet. Als man in die Zelle des berühmten Ein- und Ausbrechers Franz Kirsch eintrat, der hier zurzeit untergebracht ist, konnte man feststellen, daß Kirsch mit einer feinen Säge einige Stäbe seines Fensters durchsägt hatte. Aus Bettwäsche hatte er sich einen Strick gedreht. Nur dadurch, daß die Fensterscheibe auf den Hof fiel und die Aufmerksamkeit des Beamten erregte, wurde die Flucht verhindert. Kirsch, der sich demnächst vor der Potsdamer Strafkammer in einem Berufungsverfahren verantworten muß, ist jetzt in Fesseln gelegt worden.

Ein harmloses Gemüt.

Es gibt — man sollte es kaum für möglich halten — selbst in Berlin immer noch Menschen, die man in zarter Rücksichtnahme auf die menschliche Empfindlichkeit als „harmlose Gemüter“ bezeichnet. So ein absolut harmloser muß es auch wohl gewesen sein, ein Uhrenreisender übrigens, der es fertig bekommen hat, vor einem wildfremden Mädchen, das er kürzlich in der Rosenhaler Straße kennenlernte, seine hüftmitem persönlichen Verhältnisse auszukramen, so daß das Mädchen bald wußte, was mit dem fremden Herrn los war, vor allem, daß er reichlich „Zoster“ und in seiner Wohnung ein Lager wertvoller Uhren hatte. Am Sonnabendabend traf er, als er ausging, in der Rosenhaler Straße zufällig mit dem Mädchen wieder zusammen und schlug ihr vor, den Abend gemeinsam zu verbringen. Das Mädchen erklärte sich einverstanden, sagte aber, daß sie noch eine dringende Besorgung habe und bat ihn, in einem benachbarten Café zu warten. Nach einer Stunde werde sie dort sein, um ihn abzuholen. Er wartete jedoch vergeblich eine Stunde und länger, und als er dann nichts Gutes ahnend nach Hause ging, entdeckte er, daß unterdessen Eindringler — ohne Zweifel Freunde des Mädchens und von ihr bestellt — bei ihm gewesen waren und seinen Koffer mit

goldenen und silbernen Uhren im Werte von 9000 M. gestohlen hatten. Leider kann er das Mädchen nach der üblichen Bekanntheit nicht einmal genauer beschreiben. Auf die Wiederbeschaffung des gestohlenen Gutes legt er eine Befolgung von 1000 M. aus Mitteln an Kriminalkommissar Busdorf, Dienststelle B 11 im Polizeipräsidium.

Minenversuchte Offee.

An der Nordküste Estlands vier Minen angetrieben.

Nach privaten Meldungen aus Reval sind während der letzten Stürme vier Minen an die Nordküste Estlands getrieben worden. Seit dem 1. Januar d. J. wurden nicht weniger als ein Dutzend treibender Minen in den estländischen Gewässern gesichtet und unschädlich gemacht. Es dürfte sich dabei aller Wahrscheinlichkeit nach um Minen handeln, die während des Krieges in 30 Meter Tiefe und darüber gegen die Unterseeboote gelegt und die nun durch die Stürme losgerissen wurden.

Feuer im Südwesten.

Großgarage Teltower Straße in Flammen.

In der Großgarage auf dem Hintergelände der ehemaligen Dragonerkaserne, Teltower Str. 64, kam gestern kurz vor 23 Uhr, vermutlich infolge eines Bergarbeiterbrandes, Feuer zum Ausbruch, das in kurzer Zeit die Form eines Großbrandes annahm. Die Feuerwehr rückte zunächst mit zwei Löschzügen an. Bei ihrem Eintreffen hatte der Brandherd bereits eine solche Ausdehnung angenommen, daß zwei weitere Löschzüge zur Hilfeleistung herangezogen werden mußten. Das Feuer fand an Kraftwagen, Benzin- und Holzvorräten reiche Nahrung. Um Mitternacht war die Löschaktion noch voll im Gange.

22 Mann ertrunken.

Es wird amtlich bestätigt, daß von der 23 Mann starken Besatzung des italienischen Dampfers *Alcantara*, der in der Nacht zum Sonnabend mit dem russischen Schulschiff *Towaritsch* auf der Höhe von Dungeness zusammenstieß, 22 Mann ertrunken sind. Der einzige Überlebende der *Alcantara* erzählte, daß die *Alcantara* den Kanal hinauffuhr, als sie plötzlich auf der Breitseite gerammt wurde. Der Kapitän Friedmann des russischen Schiffes weigerte sich, vor morgen nähere Auskünfte über seinen Widerstand der SOS-Signale zu geben.

Sprechchor für proletarische Feiertunde. Heute, Dienstag, abends 18 Uhr, Übungsstunde im Gesangschor der Sophienchule, Weinmeisterstraße 16-17.

„Krieg und Pazifismus“. Über dieses Thema spricht am Dienstag, dem 28. Februar, G. G. Weidige im Vorlesungssaal, Vorstraße 29, (geradeüber der Stadthalle, U-Bahn Klosterstraße), Beginn 20 Uhr. — Freie Ausprache. — Eintritt 30 Pf.

Weiterbericht der öffentlichen Wettbewerbsstelle Berlin und Umgebung (Nachdr. verb.). Holzbauer des 1. Grades, nachst. sollten Wittern, wogegen Rebel. — Für Deutschland: Urbesen keine nennenswerte Weiteränderung.

Esst mehr Früchte,
und Ihr bleibt gesund!

Monarchisten.

Von Florian Morgenroth.

Barone, die möblierte Zimmer geben.
Die Gräfin A. hält einen Mittagstisch.
So triffen viele feuchend dieses Leben,
Auf andere Seiten hoffend fest und kriegerisch.

Sie sind verstimmt und wollen sich nicht fügen
Dem neuen Geist, der in den Zeiten weht;
Sie träumen noch von blutgetränkten Siegen,
Um die ein Schimmer eülen Ruhmes schwebt.

Oft sind sie nett an Körper und Betragen
Und ihre Haltung scheinbar harmlos-klar;
Doch nie verstummt ihr weinendes Beklagen
Der alten Zeit, die doch so anders war.

Sie klagen um die weggeschwommenen Felle,
Die fetten Stellen und den Ehrenpreis,
Sie sind auf Orden aus und auf Duellen
Und weinen um der Fürsten Unglück feils.

Sie klagen um den Fall des Vaterlandes
Und meinen . . . Ihren eignen Fall,
Sie klagen um den Untergang des Standes,
Der ihre Kasse war und Burg und Wall.

Ach, immer ist's der alte Schwindel
Zum Patrioten, der sich selber meint,
Und schon als Säugling in der Wiegel
Höchst vaterländisch um sich selber weint.

Die Neger.

Von Paulus.

Nacht überm Montmartre. Die riesigen Blühbirnenfügel an der Roten Mühle zelebren ihren feurigen Kreis hoch über dem Boulevard; rot, blau, weiße Naden, Fanole und Kufe aus Licht und Farben antworten von den Fassaden der unzähligen Bars, Dancings und Kinesmatographen. Dunkel und eng schleichen die Seitengänge den Berg hinauf, hinab, niemand beachtet sie. Der Boulevard ist das breite Bett, in dem der Menschenstrom unaufhaltsam dahinfließt.

Dritten in der Roten Mühle, in den billigeren Kellern, tanzt Paris. Paris unter sich, denn der Winter ist keine Fremdenaison in Paris. Viel Zivil, einige blaugraue Uniformen, viel Neger. Mehr, als man wohl an irgendeiner anderen Vergnügungsstätte Europas finden würde. Sie schleichen merkwürdig ernst über das Parkett, mit edigen Bewegungen, als schlugen die Rhythmen der Jazzband wie Kommandoworte in ihren Knochen. Wäre nicht die Hautfarbe, so würden diese edigen Bewegungen sie unterscheiden von den Franzosen, die immer noch versuchen, Melodie und Weiche in den hämmernenden Takt der modernen Tanzmusik hineinzubringen. Die braunen Negergesichter lächeln auch nicht wie die Pariser beim Tanz, sie sprechen nicht beim Tanz wie diese, ihre Augen sehen weit und ernst von ihren Tänzerinnen fort. Aber sie lassen keinen Tanz aus, sind die ersten auf dem Parkett, die letzten auf dem Schlag. Dort wachen sie auf aus der Hingebung an den Tanz und bemühen sich, in weißstem höflichem Französisch ihre weißen Begleiterinnen zu unterhalten. Doch wenn sie ohne Damen sitzen, zu drei oder vier zusammen an einem Tisch, haben sie sich wenig zu sagen. Wenige gutturale, fremdartige Worte.

Ein Neger sitzt an einem Tisch und tanzt nicht. Ein blaugrauer Soldat und zwei Begleiterinnen sind an demselben Tisch, vom Kellner gefügt worden, als der Neger schon längst bei seinem Glas Orangade saß. Die drei Pariser sind laut und lebhaft, anzügliche Worte über den Neger gehen der zweiten Begleiterin, die sitzen bleiben muß, wenn der Soldat mit ihrer Schwester tanzt. Der Neger ist stumm und scheint nichts zu hören. Seine Kleidung ist nicht elegant, aber sauber, sein Kragen weißer als der vieler Pariser im Saal, die Haare straff zurückgebürstet.

Er tanzt nicht. Aber seine Blicke folgen den Tanzenden demütig wie ein Hund, der seinem Herrn hinterherlaufen muß. Wenn die anderen Neger vorbeikommen, grüßt ihn der eine oder andere, aber sie sprechen nicht miteinander. Er trinkt auch nicht, das Glas war noch immer dreiviertel voll, die langen braunen Hände lagen lässig und schlafend neben dem Glas. Nur die Augen des Negers lebten. Lebten, wenn sie den Tänzerinnen folgten, lebten, wenn sie nach innen gekehrt irgend etwas in den Tiefen des Gehirns zu suchen schienen.

Nach vier, fünf Tänzen wurde der stumme Gast dem jungen weißen Soldaten zu langweilig. Er beugte sich vor und rief gutmütig: „Tanz, mein Herr!“

Der Neger lächelte. Zum erstenmal während des ganzen Abends entblöhten die vollen Lippen die großen gelben Zähne. Er hob ein Bein aus dem Tisch, schwerfällig, steif. Und bewegte die Lippen.

„Verdun.“

Er winkte dem Kellner. Er zahlte. Und mit einem entschuldigenden Lächeln zu den dreien, die betreten dasaßen, fügte er hinzu: „Es ist sehr gefährlich, wenn Europa zum Rittanzan auffordert.“

Er ging, mit steifem Humpeln. Grüßte ein paar Neger, die er auf dem Wege zum Ausgang traf. Schmetternd setzte die Ouvertüre ein; die fünfzig Tänzerinnen der Roten Mühle rauschten in den Saal, begannen ihren wirbelnden Cancan. Sie nahmen den ganzen Saal gefangen, auch die drei Pariser. Sie dachten nicht mehr an die Worte des Negers. Niemand waren es auch nur Worte.

Ein seltsamer Hirsch, der ausstirbt.

Einer der unbekanntesten Vertreter der Hirschfamilie, der sich zudem durch eine höchst seltsame Erscheinung auszeichnet, ist der Davids- oder Miluhirsch. Wie Dr. Ludwig Zutowitz in Hagenbeds illustrierter Tier- und Menschenwelt mitteilt, lebt dieser Hirsch heute nur noch an einer einzigen Freistadt, nämlich zu Boburn Abbey, der Besingung des Herzogs von Bedford, wo sich gegenwärtig noch 62 Miluhirsche, und zwar 28 Hirsche und 34 Kühe befinden. Die Entdeckung dieses Tieres gelang dem Seelknecht David, der die Rühtheit hatte, in den großen kaiserlichen Park zu Peking, dessen Betreten streng verboten war, einen verpöbelten Blick über die

Das Theater ohne Vorhang.

Russische Theaterindrücke von Lola Landau.

Im Meyerhold-Theater von Moskau ist die Bühne vom Zuschauerraum durch keinen Vorhang getrennt. Mit seinen selbstamen Gerüsten, Leitern und Treppen, den neuen Dekorationen, liegt der Bühnenraum offen vor allen Blicken wie ein Hauptplatz. In den Pausen wird die Szenerie schnell gewechselt, so daß der Zuschauer frei in das Getriebe hineinschauen kann. Aber das Meyerhold-Theater, die extremste Bühne moderner Kunst, ist gleichzeitig ein Symbol für das heutige Theater Russlands überhaupt. Der Vorhang ist zerrissen zwischen Traumwelt und Wirklichkeit. Die Kunst bedeutet dort mehr als der gläserne Spiegel des Lebens; sie ist die unmittelbare Fortsetzung des Daseins selber.

Es ist bemerkenswert, daß ein Theater, das die Wirklichkeit von heute am nächsten berühren möchte, nämlich die Meyerhold-Bühne, den Naturalismus am heftigsten bekämpft hat. Diese neue Kunst will den überflüssigen Zierrat der vielen kleinen Dinge vermeiden, und das nackte Wesen der Gestalten und Erscheinungen in ihrem Kern herausheben. Es möchte die logische klare Konstruktion der Maschinen auch in seinem Aufbau erreichen. Statt einer Zimmerdekoration oder einer Landschaft stellt es als Andeutung einen Tisch oder die imaginäre Form eines Baumes auf. Dafür aber befinden sich auf der Bühne sonderbare Gerüste, Treppen, Leitern, Turngeräte und Schaustell, an denen sich die heftige seelische Bewegung unmittelbar in den Ausdruck körperlicher Bewegung umsetzen soll. Tatsächlich sind diese Ausdrucksformen dem Expressionismus stark verwandt, nur daß sie dort immer die Verbindung mit dem Leben der Wirklichkeit suchen, also die raffische Lässigkeit der Maschinen, die Dynamik der Arbeit, die das wertvolle Volk in Rußland ergriffen hat, wiederzugeben wollen. Die Kostüme sind stilisiert, manchmal zur Groteske gesteigert. Vor allem aber ist das Spiel selber befreit von allem naturalistischen Beiwerk. In einer charakteristischen Szene angeht ein Booband Fisch. Weder ist ein Wasserlauf angedeutet, noch hat der Mann eine Angelschnur in der Hand; auch ist kein Fisch zwischen seinen Fingern zu sehen. Aber die ausdrucksvolle Bewegung der Hände, das ruckhafte Hinanziehen, die zitternde Bier der verkrampften Finger, die den rollen Fischleib festhalten wollen, bringen eine außerordentlich groteske Wirkung hervor und erfüllen damit die Absicht der Regie. Denn dieses Stück: „Der Wald“, ein klassisches Drama von Ostrowski, sollte durch die Bearbeitung Meyerholds, der sogar neue Szenen eingefügt hat, das veränderte Gesicht einer scharfen Gesellschaftskritik erhalten.

Das Drama „Der Wald“, symbolisch das Didiht, in dem die Menschen, ohne sich zu verstehen, blind umherirren, schildert ursprünglich die tomische Verliebtheit einer alten Junfer, einer reichen Gutsbefitzerin, die heiratungswillig dem Liebhaber ihrer Nichte nachsteht. Zwei herumziehende Komödianten kommen zufällig auf diesen Gutshof und bewundern sich beide, der „Heldentenor“ wie der „Komiker“, um die vermögende Witte, müssen aber enttäuscht wieder das Haus verlassen. Diese Lustspielhandlung wird bei Meyerhold zum Trauerspiel, in der Gutsbefitzerin die Gesellschaftskritik des früheren Landadels zu korrieren und gleichzeitig in dem „Heldentenor“ das falsche Pathos einer verkommenen Schauspielkunst zu verfochten. Durch die Gestalt des „Komikers“ aber arbeitet er eine Charakterstudie heraus, die sich als selbständige Budele und Bartelnummer durch das ganze Drama bewegt. Es liest in der bewußten Absicht des Meyerhold-Theaters, die Schauspieler in ihrer Körverkultur bis zur Vollendung auszubilden und den festlichen Ausdruck in die plastische Sprache des Körpers, in akrobatische Gebärden hinüberzuleiten. Jede Empfindung schwingt schließlich in einer Bewegung weiter; in der Meyerhold-Bühne wird diese Bewegung allerdings auf extreme turnerische und tänzerische Formen übertragen.

In dieser Art spielt das Meyerhold-Theater Komödie. Anders allerdings gestalten sich die ersten revolutionären Stücke. Wenn dann die Massen, die von den durchgebildeten Körpern der Künstler zu einem einzigen Rhythmus befaßt sind, von der Bühne in den Zuschauerraum hinabstürzen, und aus den Parketten und von den

Rängen die Stimmen anderer Spieler erdröhnen, sind Bühne und Hörtraum zur lebendigsten Einheit verschmolzen.

Eine dritte Spielform der Meyerhold-Bühne ist die Revue, in welcher häufig der Film mit dem Sprachtheater abwechseln. So wurde kürzlich eine Revue „Fenster ins Dorf“ aufgeführt, eine Schilderung des Bauernlebens im heutigen Rußland. In kurzen Bildern von strophender Farbe und Lebenslust, in denen das Bewegungselement voll zur Geltung kam, wurde das bäuerliche Leben, die Leschütze, die Alphabetenschule, ein Fest im Freien wie ein fröhliches Bilderbuch aufgerollt.

Der Gegenpol der Meyerhold-Bühne ist das Moskauer Künstlertheater unter Stanislawski. Obwohl diese Bühne ihren naturalistischen Kunstglauben bewahrt, liegt kein Stäubchen des Alters auf ihren Farben. Wenn sich diese Kunst heute der zeitlichen Inhalte bemächtigt, so bricht das Leben selber vielfältig und glühend auf der Bühne aus. Meyerhold ist der plastische Architekt, Stanislawski blieb der Rusiflau seiner Zeit. So löst er in dem Drama „Die Tage der Familie Turpin“ durch alle Zwischenfälle der Einzelschicksale inunerzu das Dröhnen des Bürgerkrieges hindurchbrausen. Die dramatische Beleuchtung darstellt, wurde im Anfang seines Erscheinens der Vorwurf der Gegenrevolution gemacht. Aber es zeigte sich, daß die künstlerische Wirkung bei der neuen Generation, die in den Publikumsreihen saß, das Gefühl der Gegenwart nur erhöhen konnte. Eine ehle schöne, aber sterbende Welt wurde hier gezeigt, eine Welt, die sich mehmtig genoh und sich selber aufstößt.

Es fällt auf, daß trotz Stanislawskis Injenzierung die Erotik als Grundthema oder der Liebe als Mittelpunkt eines Dramas fast völlig im modernen russischen Theater fehlt. Natürlich sind erotische Elemente in den russischen Tanzspielen, in historischen Opern und in der Operette vorhanden. Auch sah man bei Lairoff den interessanten Versuch einer künstlerischen Operette, welche akrobatische Gruppentänze mit sinnvoller rechner Bewegung verband.

Oder aber die Darstellung der Erotik wird als Hilfsmittel gebraucht, um in satirischer Verzerrung die Schwächen einer degenerierten Gesellschaft zu geßeln. Unergeßlich bleibt die Aufführung einer Szene im Jüdischen Theater, die einen Tanzabend bei einer schwarzerhaften Familie zeigte und dem Ausdruck der modernen Länge einen schauerlichen Synismus gab. Marionettentanz mit geschminkten Gesichtern zogen diese Paare wie in einem gesontlichen Totentanz narüber, Erotik ohne Leidenschaft, die den Hauch der Verwesung in sich trug. Das Drama „Der Zustand“, das eine erotische Revolution schilderte, hatte künstlerische Mängel; aber das wunderbare Zusammenpiel des Theaters machte es zu einer Dichtung auf der Bühne, der erschütternden Lroodie der Geiräten.

Eine leichtere Form der Kunst gibt das Revolutions-Theater, das mit der Darstellung von drastischen Tappen die Komödie des revolutionären Abtags auf die Bühne bringt. Sehr oft wiederholt es Begebenheiten aus dem öffentlichen Leben, die jedem durch die Zeitung bekannt sind und als wirksamer Stoff dramatisiert wurden.

So fließt das wirkliche Leben in mannigfacher Gestalt in das Theater hinüber. Als lebendiggewordene Zeitung wandert das Kabarett der „Blauen Blüten“, das sich nicht aus Peruskünstlern, sondern aus Arbeitern zusammensetzt, durch die Stadt — es gibt sehr viele Truppen dieses Namens — und überall, bald hier, bald dort, springt seine starke Wirkung auf, die ihren Duell unmittelbar in der Gemeinschaft der Zuhörer hat. Spielt doch dieses Publikum selber Theater. Es gibt keinen Arbeiterklub, der nicht an den freien Abenden Aufführungen veranstaltet, und mit welchem künstlerischen Fleiß, mit welcher angeborenen Begehung wird dort Theater gespielt. Schon die Kinder in der Schule spielen Theater, nicht zu festlichen Gelegenheiten allein, sondern im Alltag des Schulbetriebes. — Theater spielen ist für das russische Volk eine urwüchsige Freude.

Der ruhestörende Husten.

Der Husten, der bei den jetzt wieder so häufigen Erkältungen immer wieder gehört wird, ist nicht nur ein störendes Geräusch, das in Theatern und Konzerten, in Kirchen und bei Vorträgen unangenehm auffällt, sondern er ist auch nicht ungefährlich, denn durch den Husten werden die Erkältungsbakterien übertragen. Wie kann man aber den Husten bekämpfen? Ein englischer Facharzt macht darüber interessante Ausführungen. „Es besteht kein Zweifel“, schreibt er, „daß die meisten Leute bei einiger Willensanstrengung 80 bis 90 Proz. ihrer Hustenanfälle vermeiden können. Gewiß empfindet man ein großes Unbehagen, wenn man den Hustenreiz zum erstenmal unterdrückt, aber wenn dies gelungen ist, dann geht es das nächstemal schon leichter, und man hustet bald überhaupt nicht mehr. Leute, die an schweren und unbezwinglichen Hustenanfällen leiden, sollten überhaupt nicht in der Öffentlichkeit erscheinen, wo sie das Vergnügen und die Aufmerksamkeit der andern so schwer beeinträchtigen. Aber wenn sie auf den Besuch der Theater und Kirchen nicht verzichten wollen, so ist wenigstens eine Vorsichtsmäßregel zu empfehlen: Man kann sich von seinem Arzt ein beruhigendes Mittel verschreiben lassen, das den Hustenreiz wenigstens für einige Stunden ausschaltet, und man sollte ein solches Mittel nehmen, bevor man eine Theateraufführung, ein Konzert oder eine Vorlesung besucht.“

Vielleicht läßt sich auch der folgende Vorschlag durchführen: Alle 10 oder 15 Minuten kann der Prediger oder Vortragende eine Pause machen und zu seinen Zuhörern sagen: „Ich höre jetzt drei Minuten aus, damit Sie, soviel Sie wollen, husten und sich die Nase schnauben können.“ In den Theatern könnte in den Zwischenacten eine Mitteilung gemacht werden, die vielleicht unter den Reflektoren erscheint: „Husten noch Belieben gestattet, bis der nächste Akt anfängt.“ Die Einschränkung des Hustens, die durch solche Maßregeln hervorgerufen würde, wäre für die Hustenden selbst von großem Vorteil, denn es ist bekannt, daß Husten Husten erzeugt, das Husten reizt die Schleimhäute immer mehr. Ein solcher Feldzug gegen das Husten sollte sollte endlich einmal eröffnet werden, und nicht nur die Schauspieler und Sänger, die Prediger und Vortragenden würden es uns danken, sondern auch das Publikum und die Hustenden selbst.“

Umgestürzte Warnungszeichen.

Rückzug des Reichswirtschaftsministers vor Eisenherren und Reichsverband.

Der Reichswirtschaftsminister hat sich, nachdem „ihn beständige“ Verhandlungen mit der Eisenindustrie stattgefunden haben, veranlaßt gesehen, seine Kartellverordnung vom 27. Januar dieses Jahres, die praktisch eine Kontrolle des Staates, wohl aber eine Kontrolle der Öffentlichkeit gegenüber monopolistischen Maßnahmen der Eisenindustrie gestattet hätte, zurückzuführen. Das ist der kurze und klare Sinn einer von Herrn Ministerialdirektor Dr. Schäffer im Auftrag des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius gestern der Öffentlichkeit übergebenen Erklärung. Wir sind von dieser Erklärung nicht überrascht, denn wir haben sie erwartet und rechtzeitig davor gewarnt. Wir haben nur festzustellen, daß unsere Warnungen umsonst waren und daß der Reichswirtschaftsminister durch die Zurückziehung seiner Verordnung vom 27. Januar das gesamtwirtschaftliche Interesse geschädigt hat. Wie lagen die Dinge?

Die Eisenherren hatten bewußt, weil sie die Kritik der Öffentlichkeit angesichts der ganz klaren Monopolstellung der Eisenindustrie in der deutschen Wirtschaft fürchten mußten, die Erhöhung der Eisenpreise überraschend vorgenommen, und zwar überraschend sowohl gegenüber der Öffentlichkeit, selbst den Eisenverarbeitern, als auch gegenüber dem Reichswirtschaftsministerium und seinen verantwortlichen Beamten. Verpflichtungen aus dem Eisenpakt gegenüber dem Ministerium wie auch Verpflichtungen gegenüber der eisenverarbeitenden Industrie wurden gebrochen, ungeschriebene Verträge, sogenannte Gentlemen Agreements, wurden mißachtet. Weniger wegen der Erhöhung der Preise als wegen dieses Vorgehens, das Treu und Glauben verletzte, war ein scharfes Eingreifen des Reichswirtschaftsministeriums, das auf alle Zeit der monopolistischen Ausbeutungspolitik der Eisenherren eine deutlich sichtbare Grenze setzte, eine Notwendigkeit im wirtschaftlichen Gesamtinteresse. Die Verordnung vom 27. Januar entsprach einem Minimum, nicht einem Maximum von gebotenen Vorkehrungen, und die ganze Öffentlichkeit hat diese Verordnung auch so verstanden. Die Eisenherren hatten bewiesen, daß sie nicht wie Gentlemen handeln und daß sie unter Druck gehalten werden müssen. Welche Gründe hat das Reichswirtschaftsministerium für seinen Umsturz?

Wichtiglich Hoffnungen und Versprechungen der Eisenindustrie und Eisenverbände, hinter denen nicht die allerbesten Garantien stehen. Daß nach dem Erlaß der Verordnung Eisenherren und Eisenverarbeiter sich privat verständigt haben, und zwar in dem Bewußtsein, daß die Abwendung

einer verschärften Kartellkontrolle — ein politisches Ziel — wichtiger ist, als ein vielleicht zweifelhafter Preisvorteil, war dem Reichswirtschaftsminister Anlaß genug, eine allgemeine Rückgängigmachung der Eisenpreiserhöhung überhaupt nicht zu versuchen. Das letzte Versprechen, daß die Eisenherren an dem jetzt erst flagrant mißachteten Ziele festhalten wollen, in der internationalen Rohstoffgemeinschaft die Auslandspreise an die Inlandspreise heranzuführen, wird allein auf die Versicherung hin, daß man es tun wolle, als ausreichende Garantie für das entsprechende Handeln angesehen. Das Reichswirtschaftsministerium begnügt sich mit dem Versprechen, alle mit der internationalen Regelung zusammenhängenden Fragen in enger Fühlung mit dem Reichswirtschaftsministerium zu behandeln und vor der Ergreifung wichtiger Maßnahmen das Ministerium rechtzeitig zu unterrichten, so daß dieses Gelegenheit zur Stellungnahme erhält. Dieses scheinbar wichtigste Zugeständnis der Eisenherren ist, ohne Garantien, wirkungslos und wertlos in dem Augenblick, wo etwa die Befugung des Reichswirtschaftsministeriums an der Geltendmachung der aus dem Versprechen sich ergebenden moralischen Ansprüche kein Interesse hat. Wenn schließlich die Eisenindustrie sich dafür einsetzt, daß der ausschließliche Eisenhandel gelockert werden soll, so sprechen alle bisherigen Erfahrungen dagegen, daß diese Lockerung erfolgen kann oder wird.

Es bleibt dabei, daß das Reichswirtschaftsministerium vor Zusagen, hinter denen keinerlei Gewähr zu ihrer Erfüllung steht, kapituliert hat und daß die öffentliche Meinung in dem Bewußtsein gestärkt wird, daß das Reichswirtschaftsministerium flagranteste Monopolmißbräuche schlichtlich gewähren läßt. Wenn das Reichswirtschaftsministerium Angriffe gegen das Kartellgericht, über das sich die Industrie wirklich nicht zu beschweren braucht, statt mit Taten nur mit Worten zurückweist, so verkennt es zum Beispiel, daß hinter dem Textilindustriellen Frommeln, der die Eisenindustrie gegen die Kartellverordnungen in Schutz genommen hat, nicht die Montanindustrie steht, sondern der Reichsverband der deutschen Industrie. Herrn Frommeln und dem Reichsverband geht es um die Abwehr jeder Kartell- und Monopolkontrolle überhaupt.

So erhält der Rückzug des Reichswirtschaftsministeriums all-gemeinste Bedeutung, und es handelt sich nicht um einen Rückzug gegenüber der Eisenindustrie allein, deren Rechtsposition man in der Tat heute nicht zu überschätzen braucht, sondern um einen Rückzug vor dem Reichsverband der Deutschen Industrie. Und das muß die deutsche Öffentlichkeit in der Tat mit Sorge erfüllen.

Untersuchung im Kohlenbergbau.

Eine neue Schmalenbach-Kommission.

Im Anschluß an den mitteldeutschen Bergarbeiterstreik hatte das Reichswirtschaftsministerium eine Untersuchungskommission berufen, die feststellen sollte, wie und ob ohne Preiserhöhung die verbindlich erklärten geringen Lohnerhöhungen von der gesamten Braunkohlenindustrie getragen werden können. Die mitteldeutsche Braunkohlenindustrie arbeitet gegenwärtig an einem Gegenentwurf, weil sie nach dem von der Kommission gefällten Urteil keine Möglichkeit sieht, die von ihr beabsichtigte Preiserhöhung zu beantragen. Veröffentlicht ist das Gutachten dieser sogenannten Schmalenbach-Kommission, in der auch Genosse Dr. Baade mitwirkte, bis heute leider und unverständlicherweise noch nicht. Das Reichswirtschaftsministerium hat jetzt, wahrscheinlich in Erwartung eventueller Preiserhöhungsanträge gefolgtlich der vom Ruhrbergbau gefürchteten Lohnbewegung, voraussehend auch für den Ruhrbergbau wieder eine von Schmalenbach geführte Untersuchungskommission eingesetzt, die ein Gutachten über die gegenwärtige Lage des rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbaues unter Berücksichtigung der Wettbewerbs- und Rentabilitätsverhältnisse erstatten soll. Außer Prof. Dr. Ernst Schmalenbach-Köln gehören Generaldirektor Stein von der A. G. Farben-Fabrik Auguste-Viktoria, Generaldirektor Dr. Springorum vom Hoechst-Konzern, Genosse Dr. Baade und Dr. Hermann Lufft-Berlin der Kommission an, die ihre Arbeiten bereits aufgenommen hat. Es mag zu begrüßen sein, daß auf diese Weise kommenden Schwierigkeiten in der Beurteilung der Lage der Steinkohlenbergwerke etwas vorgebeugt wird. Hoffentlich trägt die Kommission von vornherein auch dafür Sorge, daß das zu erstattende Gutachten die von den Bergherren immer wieder brüsk abgelehnte Forderung berücksichtigt, in die Rentabilitätsprüfung auch die Nebenproduktwirtschaft einzubeziehen.

Unternehmungen der Arbeiterschaft.

Ein willkommenes Buch.

Die Bezirksleitung des ADGB für Berlin, Provinz Brandenburg und Grenzmark hatte kürzlich in einer zweitägigen Konferenz das Thema der wirtschaftlichen Unternehmungen der Arbeiterbewegung zur Diskussion gestellt. Wir haben über diese Konferenz ausführlich berichtet. Die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes veröffentlicht jetzt ein hübsches, reich illustriertes Werk, in dem neben Vorstandsmitgliedern des ADGB, die Führer der sozialen Unternehmungswirtschaft, soweit sie im Anschluß an die freien Gewerkschaften und die Konsumgenossenschaften entstanden ist, für ihr Werk Zeugnis ablegen.

Wir begrüßen das Buch mit großer Freude. Es ist ein Zeichen dafür, daß man in allen Kreisen begriffen hat, daß unsere Leute in den Betrieben, den Konsumvereinen und der Partei leben und prüfen wollen, was die Arbeiterschaft kann und was sie geleistet hat, und daß es eine der wichtigsten Voraussetzungen der erfolg-

reichen Werbung für die proletarische Selbstbefreiung ist, wenn die wirtschaftlichen Unternehmungen der Arbeiterschaft ihr Licht nicht unter den Scheffel stellen und wenn die Spitzenorganisationen auch gegenüber der breitesten Öffentlichkeit erkennen lassen, daß sie hinter diesen Unternehmungen stehen.

Wir kommen auf das Buch noch zurück. Es ist 120 Seiten stark, ein Drittel davon sind Abbildungen und graphische Darstellungen. Das in Ganzleinen gebundene Buch kostet im freien Handel 5 M., für Organisationen und Gewerkschaftsmitglieder 3 M. Wir wünschen dem Buch die weiteste Verbreitung.

Der Jahresabschluß der Lindcar-Fahrradwerke A. G.

Wie gemeldet wird, hat die von der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A. G., Berlin, voll beherrschte Lindcar-Fahrradwerke A. G., Berlin, am 31. Dezember ihr letztes Geschäftsjahr recht günstig beendet. Wir haben schon früher mitgeteilt, daß bereits im September die Produktion den Vorjahresumfang übertrafen hatte, und daß die erheblich erweiterte Erzeugung eine Kapitalerhöhung um 400 000 auf 500 000 Mark erforderlich gemacht hatte. Der Jahresabschluß wird, wie im Jahre 1926, die Verteilung einer Dividende von 10 Proz. erlauben, und zwar für ein halbes Jahr auch auf die 400 000 M. neue Aktien, so daß auch aus diesem Wert die Fonds der organisierten Arbeiterschaft zum Nutzen der Bewegung eine neue Verstärkung erfahren werden.

Steigende Gewinne in der Papierindustrie.

Feldmühle A. G. wieder 12 Proz. Dividende. — Umfassender Ausbau der Betriebe.

Der große Stettiner Papiertonzern Feldmühle A. G. hat die gute Konjunktur im vergangenen Jahr zu umfangreichen Wertschöpfungsbauten ausgenutzt. Nach dem Geschäftsbericht haben sämtliche Abteilungen erhebliche Zugänge an neuen Maschinen aufzuweisen, die sich im laufenden Jahr erst durch Steigerung der Produktion bei sinkenden Gestehungskosten auswirken sollen. Die Leistungsfähigkeit des Liebau-Werkes ist jetzt bereits nach durchgeführter Reparatur um 40 Proz. gestiegen und die in kurzem in Betrieb tretende neue Papiermaschine übersteigt die Leistung der bisherigen Maschinen sogar um ein Mehrfaches. Die Gesellschaft muß also mit einer längeren Konjunkturdauer in der Holz- und Papierindustrie rechnen, wenn sie so erhebliche Mittel festlegt.

Das Jahr 1927 hat der seit jeher rentablen Gesellschaft wiederum erhöhte Gewinne gebracht. Die Betriebsüberschüsse stiegen auf über 3 Millionen Mark — in den letzten beiden Jahren um je 400 000 M. —, von denen die Untkosten vorweg in Abzug gebracht wurden. Die schon seit Jahren sehr hoch bemessenen Abschreibungen wurden diesmal noch um 150 000 M. auf 1,46 Millionen Mark heraufgesetzt, so daß bei dieser Methode der wahre

Wert der Anlage, die mit 15,3 Millionen Mark zu Buche steht, sich auch schätzungsweise nicht mehr ermitteln läßt. So spiegelt sich auch in dem 1,6 Millionen Mark Reingewinn nur ein Teil des Jahresertrages wider, doch kommen die Aktionäre auch dabei sehr gut auf ihre Kosten, denn auf das Aktienkapital von 12,5 Millionen Mark werden wiederum 12 Proz. Dividende gezahlt.

Für die guten Verhältnisse bei der Gesellschaft spricht auch der Ankauf der Anteilmehrheit der Chemischen Werke Pommern G. m. b. H., der nach der Erhöhung des Wertpapierbestandes etwa 600 000 M. gekostet hat. Trotzdem stiegen Forderungen und Bankguthaben noch von 4,7 auf 6,1 Millionen Mark; so daß die Bilanz trotz der mit 5,5 Millionen Mark fast verdoppelten Schulden noch immer ziemlich flüssig ist. Die beantragte Erhöhung des Kapitals von 12,5 auf 16 Millionen Mark wird daher weniger auf Abdeckung von Schulden, als auf eine Fortsetzung des Ausbauprogramms und weitere Ausdehnung des Konzerns zurückzuführen sein.

Goldwasser.

Aber nur für Aufsichtsräte und Aktionäre.

Die von Jahr zu Jahr steigenden Gewinne, die das mit 60 Millionen Kapital arbeitende Privatunternehmen, die Charlottenburger Wasser- und Industriewerke L. O., aus der — übrigens recht schlechten — Wasserversorgung von Groß-Berliner Bezirken zieht, werden sich im Laufe dieses Jahres voraussichtlich noch weiter erhöhen. Wie die Direktion nämlich auf der Generalversammlung erklärte, wird der Wasserbedarf der Großstadt immer stärker. Dies hängt besonders mit der Industrialisierung der zu dem Versorgungsgebiet der Gesellschaft gehörenden Außenbezirke zusammen. Die ersten vier Monate des neuen Geschäftsjahres haben daher bedeutende Umsatzsteigerung wie auch eine große Anzahl von Neuanstellungen mit sich gebracht. Die notwendigen Erweiterungen der Betriebsanlagen wurden rechtzeitig durchgeführt.

Da auch auf dieser Versammlung die Direktion die schon im vorigen Jahr umstrittene Frage der Schaffung eines Pensionsfonds von 150 000 M. nicht berührte, muß noch einmal gesagt werden, daß dieses Verhalten angesichts der Riesengewinne der Gesellschaft blamabel ist. Wenn für die zwölf Herren des Aufsichtsrats 200 000 M. Zinsen gezahlt werden können, sind für die 1600köpfige Belegschaft, unter der sich eine große Anzahl Angestellte mit mehr als zwanzigjähriger Dienstzeit befinden, die 150 000 M. Pensionsfonds eine Bagatelle.

Lehrgang über Siedlungsfragen.

Wie im Vorjahre in Leipzig, findet dieses Jahr in Berlin (Technische Hochschule, Charlottenburg, Hörsaal 120), vom 5. bis 10. März, ein Lehrgang des Deutschen Archips für Siedlungswesen, statt. Von hervorragenden Sachverständigen wird vor allem die städtische und vorstädtische Siedlung und das moderne Wohnbaugeschehen in wirtschaftlicher, sozialer, technischer und finanzieller Hinsicht behandelt. Auch das Planungswesen sowie Stand und Aufgaben der landwirtschaftlichen Siedlung werden erörtert. In alle Vorlesungen wird sich eine kurze Aussprache schließen. Der ganze 30stündige Lehrgang kostet 50 M., die Vorlesungsstunde, welche auch einzeln belegt werden kann, 2 M. (für Studierende usw. 30 M. bzw. 1,50 M.). Auskünfte erteilt, Programme perlen und Anmeldungen nimmt entgegen Deutsches Archiv für Siedlungswesen, Berlin NW 6, Luisenstraße 27/28 (Auf: Norden 3850), während des Lehrganges neben dem Vortragsaal.

Der Aufsichtsrat der Reichsbank für die dritte Februarwoche steht unter dem Zeichen, daß Wirtschaft und Banken nach längerer Zeit relativer Stagnation wieder Geldansprüche an die Reichsbank zu stellen beginnen. Der Rückgang der Kapitalanlage in Wechseln und Lombarddarlehen um 75 auf 204,5 Millionen ist verhältnismäßig gering. Die Wechselbestände sind um nur 39,2 auf 1924,7 Millionen gesunken, ein seit vielen Monaten allerdings nicht mehr verzeichneter niedriger Stand. Die Lombarddarlehen haben sich um 35,8 auf 22,6 Millionen verringert. Wohl im Zusammenhang mit der größeren Flüssigkeit der Staatskassen und der Versorgung der Wirtschaft für das Monatsende erfolgte eine Zunahme der fremden Girogelder um 71,6 auf 604,2 Millionen Mark. Der Umlauf an Reichsbanknoten hat sich infolge des erheblichen Zustusses von Girogeldern um 131,7 auf 3632,9 Millionen, derjenige an Rentenbankwechseln um 4,7 auf 601 Millionen verringert. Die Goldbestände sind mit 1886,3 Millionen fast unverändert; der Bestand an deckungsfähigen Devisen ist mit 2,3 auf 296,1 Millionen erhöht. Die schon bisher recht günstige Notendeckung durch Gold verbesserte sich gegenüber der Vorwoche von 49,8 auf 51,6, die Notendeckung durch Gold und deckungsfähige Devisen stieg von 57,6 auf 59,7 Proz. Auf dem Berliner Geldmarkt hat sich die anziehende Geldnachfrage schon dahin geltend gemacht, daß bei einem Diskontsatz von 7 Proz. der für Wechsel erster Firmen gezahlte Zins wieder auf 6 1/2 Proz. erhöht hat, so daß an eine Senkung des Reichsbankdiskonts wohl noch weniger zu denken ist als bisher.

Die kommunale Ferngasversorgungs-Gesellschaft „Südwestdeutsche Gas-L. G.“, die von Frankfurt und Mannheim gegründet worden ist, hat ihre Tätigkeit aufgenommen. Die Stadt Rheinfelden ist durch Vertrag Aktionär der Gesellschaft geworden und wird ihr Gaswert auf die Südwestdeutsche Gas-L. G. übertragen; das Werk soll evtl. später als Stützpunkt für den Aufstieg ländlicher Gebiete dienen. Noch sehr kurzer Zeit verzeichnet die Südwestdeutsche Gas-L. G. also schon einen sehr beachtlichen ersten Erfolg.

Amerikanische Dollars für russische Kleiderfabriken. Laut New Yorker Kabelbericht des „Konfektionär“ sollen in New York für die russische Konfektionsindustrie in Kiew, wo 6000 Arbeiter beschäftigt sind, amerikanische Spezialmaschinen bestellt werden. In den nächsten fünf Jahren will Rußland mit einem Kapitalaufwand von 5 Millionen Dollar, die Amerika zur Verfügung stellen soll, fünf weitere russische Großkonfektionsbetriebe errichten.

Das Ende vom ST. PETERSBURG

Der neue W. Pudowkin Großfilm
Verleih: DE - RU - FA

MARMORHAUS

Uraufführung: Montag 5³ 7¹⁵ 9¹⁵ Vorverk. 12-2
SCHMIDT-GENTER DIRIGIERT

Aus der Partei.

Ein außerordentlicher Kongress der Sozialistischen Partei Frankreichs ist auf den 27. Mai einberufen, um sich in erster Linie mit dem Ergebnis der Wahlen zu befassen und die politische und tatsächliche Haltung der Kammerfraktion festzulegen.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2, 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

Bezirksauschuss für Arbeiterwohlfahrt.

Mittwoch, 28. Februar, 19 1/2 Uhr, im Zimmer 109 des Berliner Rathauses, Köpenickerstraße (U-Bhf. Köpenickerstraße), Zusammenkunft der sozialistischen Parteimitglieder...

1. Kreis Kreuzberg, Kreis Schulze, Deutscher, Dienstag, 28. Februar, 20 Uhr, im Saal des Arbeitervereins...

15. Kreis Kreuzberg, Donnerstag, 1. März, 19 1/2 Uhr, im Lokal Bräunchen, Köpenickerstraße...

Heute, Dienstag, 28. Februar:

- 14. WM, 19 1/2 Uhr im Lokal Krüger, Pustitzerstr. 24, Ecke Scheringstraße, Mitgliederversammlung...

Morgen, Mittwoch, 29. Februar:

- 14. WM, 20 Uhr in der Schule Wulffstr. 2, Mitgliederversammlung...

Frauenveranstaltungen:

- 25. WM, Deutscher, Dienstag, 28. Februar, 19 1/2 Uhr, bei Karl Otto, Witzsch...

19. WM, Reichshaus, Deutscher, Dienstag, 28. Februar, 20 Uhr, im Reichshaus, Köpenickerstraße...

22. WM, Reichshaus, Deutscher, Dienstag, 28. Februar, 19 1/2 Uhr, bei Rottke, Köpenickerstraße...

26. WM, Reichshaus, Deutscher, Dienstag, 28. Februar, 19 1/2 Uhr, bei Rottke, Köpenickerstraße...

28. WM, Reichshaus, Deutscher, Dienstag, 28. Februar, 19 1/2 Uhr, bei Rottke, Köpenickerstraße...

30. WM, Reichshaus, Deutscher, Dienstag, 28. Februar, 19 1/2 Uhr, bei Rottke, Köpenickerstraße...

SPD-Freidenker!

Fraktionsversammlung aller SPD-Genossen des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung am

Mittwoch, dem 29. Februar, 1930 Uhr im großen Saal d. Gewerkschaftshauses, Engelauer 24/25 Tagesordnung: Unsere Aufgaben und Ziele...

127. WM, Reichshaus, Deutscher, Dienstag, 28. Februar, 19 1/2 Uhr, im Reichshaus, Köpenickerstraße...

WM, 19a Regel, Kreis Scheller, Deutscher, Dienstag, 28. Februar, 20 Uhr, im Lokal Scheller...

Bezirksauschuss für Arbeiterwohlfahrt, Kreis Wedding, Donnerstag, 1. März, 19 1/2 Uhr, im Sitzungssaal des Arbeitervereins...

14. Kreis Wedding, Dienstag, 28. Februar, 19 1/2 Uhr, im Zimmer 109 des Berliner Rathauses...

Kinderfreunde Groß-Berlin, Alle Helfer beteiligen sich am Freitag, 2. März, an der Aushebung des...

Jungsozialisten, Groß-Berlin, Mittwoch, 29. Februar, 19 Uhr, im Saal des Arbeitervereins...

Funkwinkel. Die Funkmainee am Sonntag brachte ein vollstündiges Orchesterkonzert, das Gm Schachmeister mit seinen Musikern außerordentlich wirkungsvoll ausführt...

Der Montag brachte eine ganze Reihe von Vorträgen über Arbeitsprobleme. Paul Lange sprach über 'Ehizil und Arbeiterschaft' und zeigte die Wege, auf denen die Arbeiter...

Die Konzertdarbietungen des Loges waren von hoher Qualität. Deshalb muß aber ein Log zwei ernste Konzertprogramme bringen, während ein anderer mit ebenso viel leichter Unterhaltungsmusik aufwartet...

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation, 101. WM, Kreuzberg, Am Freitag verstarb plötzlich nach kurzer Krankheit unser alter Genosse Eduard Heideberg...

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Wladimir Lenin (mit Bildnissen) am Sonntag, 11. März, im großen Sitzungssaal des Reichshauses...

Heute, Dienstag, 19 1/2 Uhr: Programm: Jugendheim Schule Bieser, Ecke Benfstraße, Jugend und Partei...

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner 'Schwarz-Rot-Gold', 194. WM, Kreuzberg, Am Freitag verstarb plötzlich nach kurzer Krankheit unser alter Genosse Eduard Heideberg...

Briefkasten der Redaktion, 1. Die Kosten deckt nicht für die Kosten, 2. Die Aufsätze kann nur einmündig sein...

FRÜHLINGSBOTEN gleichen unsere Frühjahrsmodelle in den bekanntesten 6 Preislagen 12.50 15.50 18.50 21.- 24.- 27.- und dazu die passenden Strümpfe garantiert erste Wahl. SALAMANDER

Theater, Lichtspiele usw.

Wienstag, 25. 2. 21 Staats-Oper Am Pl. d. Republi 7 1/2 Uhr Schatzgräber

Die Weber

Volksbühne Theater am Köpenicker Platz

CASINO-THEATER

8 SCALA

Renaissance-Theater

NEUE WELT

Großes Rockbierfest

Heute zum 75. Male: Festvorstellung

Wintergarten

Theater am Kottbuser Tor

Reichshallen-Theater

NEU ERÖFFNET PING-PONG

Deutsches Theater

Die Komödie

Berliner Theater

Theater des Westens

Kleines Theater

Walhalla-Th.

Residenz-Theater

Lustspielhaus

Thalia-Theater

Rose-Theater

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Henke's Bleichsoda

Planetarium am Zoo

Philharmonie

Haus

KLEINE ANZEIGEN

„Evelyn“

„Rose Bernd“

zum Einweichen der Wäsche nur Henke

Bruchheilung

Esst Fisch

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verkäufe

Nähmaschinen

Möbel

Fahrräder

Kaufgesuche

Unterricht

Verschiedenes

Vermietungen

Arbeitsmarkt

Gewinnliste 16. Sitzungstag 25. Februar 1925

Metropol-Th.

Der Graf von Luxemburg

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Vollversammlung

Betriebsräte

Versammlung

ASTHMA

NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN

Männer! Neue Kraft